



Grenzen der (Un-)Menschlichkeit

Zeugnisse von Geretteten an Bord der Humanity 1 zeigen
die wahren Folgen der Externalisierungspolitik der EU



+++ Publikation von SOS Humanity +++

„ Sie verkaufen Menschen wie Brot. “

Darius*, Geretteter



Inhalt

<i>Zusammenfassung</i>	+++	5
<i>Einführung</i>	+++	6
1. Methodik	+++	8
2. Quantitative Analyse	+++	11
3. Die Externalisierungspolitik der EU	+++	13
4.1 Abfahrtsland Tunesien	+++	17
4.2 Abfahrtsland Libyen	+++	20
5. Das zentrale Mittelmeer	+++	25
6.1 Europa: Hoffnungen und Träume	+++	30
6.2 Forderungen an die EU und die deutsche Bundesregierung	+++	32
<i>Quellen</i>	+++	34



Foto: Camilla Kranzusch/SOS Humanity

Zusammenfassung

„Menschen fliehen nicht
übers Wasser, wenn sie
nicht in Gefahr sind.“

Ange* (R06)

Dieser Bericht wertet die Aussagen von **64 Überlebenden** an Bord des Rettungsschiffs Humanity 1 aus, die im Rahmen von 13 Rettungseinsätzen zwischen **Oktober 2022** und **August 2024 gesammelt wurden**. Um die Folgen der europäischen Externalisierungspolitik zu beleuchten, befasst sich der Bericht mit drei Stationen ihrer Reise: Tunesien, Libyen und dem zentralen Mittelmeer.

Die Zeugnisse von Männern, Frauen und Kindern aus **15 verschiedenen Ländern**, die sowohl von Libyen als auch aus Tunesien nach Europa ablegten, wurden in **sieben Sprachen** aufgenommen: Englisch, Französisch, Arabisch, Urdu, Bangla, Tigrinya und Punjabi. Sie reichen von kurzen Aussagen bis hin zu komplexen, mehrstündigen Geschichten.

In den letzten zehn Jahren hat die EU zunehmend eine Politik der **Externalisierung** betrieben, die Grenzkontrollen auslagert und die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz an Drittländer überträgt, die nicht der EU angehören. Zu dieser Politik gehören der Aufbau und die Stärkung libyscher und tunesischer Such- und Rettungszonen und Rettungsleitstellen sowie der sogenannten libyschen und der tunesischen Küstenwache. Diese Institutionen und Akteur*innen sind gefährlich, tödlich und in Teilen dysfunktional. Oft haben sie enge Verbindungen zu genau den Schmugglern und Milizen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten angeblich bekämpfen wollen. Außerdem zwingen sie Schutzsuchende unter Verstoß gegen das Völkerrecht zurück in die Länder, aus denen sie fliehen. Es ist daher irreführend, ihnen den Status offizieller Seenotrettungsorgane zu verleihen. Ihre Arbeit ähnelt eher der von organisierten kriminellen Netzwerken, deren Handlungen täglich direkt oder indirekt zu Todesfällen und Menschenrechtsverletzungen führen.

Die Augenzeug*innenberichte der 64 Überlebenden geben detaillierte Einblicke in das, was sie in **Libyen** und/oder **Tunesien** erlebt haben. Die Überlebenden berichteten von rassistischer, sexistischer und religiöser Diskriminierung, Verfolgung, Verweigerung von Grundrechten, moderner Sklaverei, Folter sowie körperlicher und sexualisierter Gewalt. In Libyen wurden fast alle Überlebenden willkürlich inhaftiert und unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten: Sie berichteten von Hunger, mangelnder medi-

zinischer Hilfe und Massenhinrichtungen. Viele wurden zudem als Sklav*innen verkauft und Opfer von Menschenhandel¹. Häufig wurden diese Menschenrechtsverletzungen nicht nur geduldet, sondern von staatlichen Akteur*innen, Militär-/Polizeikräften oder von den durch die EU finanzierten (sogenannten) Küstenwachen begangen. Die europäische Mitverantwortung ist eindeutig.

Die Lage auf dem **zentralen Mittelmeer** ist ähnlich erschreckend. Überlebende berichteten von gewaltsamen, oft mehrmaligen Rückführungen durch die sogenannte libysche und die tunesische Küstenwache. Sie beschrieben die Gewalt auf See, darunter Schläge, Schüsse und sexualisierte Gewalt. Ohnehin seeuntüchtige Boote wurden absichtlich zum Kentern gebracht und Menschen dem Ertrinken überlassen. Einige sind aus Angst, nach Libyen oder Tunesien zurückgezwungen zu werden, ins Meer gesprungen. Die Überlebenden erzählten auch, dass die europäischen Behörden es versäumten, sie zu retten oder Rettungseinsätze zu koordinieren, und stattdessen dazu beitrugen, dass die tunesische und die sogenannte libysche Küstenwache sie abfangen konnten.

Durch die tiefgehende Analyse der Themen, von denen die Geretteten berichten, soll ein größeres Bewusstsein für die europäischen Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen im zentralen Mittelmeer und darüber hinaus geschaffen werden. Sie soll den Mythos entkräften, dass Externalisierungspolitik ein wirksames oder humanes Mittel der „Migrationskontrolle“ ist. Außerdem sollen die Stimmen und Erfahrungen der Überlebenden in den Mittelpunkt der politischen und ethischen Debatten über Migration gestellt werden.

Schließlich liefert der Bericht weitere Belege für die Forderungen von SOS Humanity an die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie die deutsche Bundesregierung. Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihrer Pflicht zur Rettung von Menschenleben auf See nachzukommen und das internationale Seerecht einzuhalten. Die EU muss jede Zusammenarbeit mit Tunesien und Libyen beenden, die zur Verletzung und Einschränkung der Rechte von Schutzsuchenden führt. Stattdessen braucht es ein europäisch finanziertes und koordiniertes Seenotrettungsprogramm, das Menschlichkeit an die Außengrenze zurückbringt und Leben schützt.

Dieser Bericht ist den Überlebenden gewidmet, die ihre Geschichten mit uns geteilt haben. Er erinnert darüber hinaus an die fast 25.000 Menschen, die seit 2014 bei der Überquerung des zentralen Mittelmeers gestorben sind und deren Geschichten unerzählt bleiben.

SOS Humanity ist eine nichtstaatliche Seenotrettungsorganisation, die 2015 von dem Kapitän und Historiker Klaus Vogel in Berlin als SOS Mediterranee gegründet wurde und 2016 mit dem Schiff Aquarius ihren ersten Einsatz im zentralen Mittelmeer fuhr. 2022 löste sich die Organisation aus dem Netzwerk von SOS Mediterranee und führt seitdem mit dem Schiff Humanity 1 unter dem Namen SOS Humanity Rettungseinsätze durch.



Foto: Max Cavallari/SCS Humanity

Einführung

„Drei junge Männer sprangen wegen der schweren Schläge, die sie erleiden mussten, ins Meer. Die libysche Küstenwache ließ sie vor unseren Augen sterben und beschimpfte sie sogar, während sie ertranken. Sie sagten zueinander: ‚Lasst sie sterben, das ist leichter für uns und für sie.‘“

Fidaa* (R13)

Das zentrale Mittelmeer

Von Norden aus betrachtet – aus europäischer Perspektive – ist das zentrale Mittelmeer seit Jahrhunderten ein Ort des Wohlstands: Tausende Schiffe durchqueren es Tag für Tag für Handel, Schifffahrt, Fischerei und Tourismus. Von Süden aus gesehen ist dasselbe Gewässer für Tausende von Menschen, die aus Libyen und Tunesien fliehen ihre letzte Chance, um in Sicherheit zu

gelangen. Zugleich ist es ein Tatort, an dem mit der Unterstützung von EU-Mitteln ungestraft Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Und es ist ein Massenfriedhof, auf dem seit 2014 fast 25.000 Schutzsuchende ihr Leben verloren haben.² Das zentrale Mittelmeer ist damit mehr als nur eine geografische Grenze – es stellt auch eine politische und moralische Grenze dar.

Hintergrund

Zwischen 2013 und 2014 rettete die italienische Regierung mit der Operation *Mare Nostrum* rund 150.000 Menschen aus Seenot und brachte sie in Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen sicher in Europa an Land.³ Das Such- und Rettungsmandat der Militär-Operation war nicht nur ein Zeichen grundlegender Menschlichkeit gegenüber denjenigen, die vor der desolaten Sicherheitslage in Ländern wie Syrien und Libyen fliehen, sondern auch ein Bekenntnis zu Europas rechtlicher und moralischer Verantwortung über die engen nationalen Grenzen seiner Mitgliedstaaten hinaus. Da es an finanzieller und politischer Unterstützung durch die übrige EU mangelte, wurde *Mare Nostrum* am 31. Oktober 2014 eingestellt und durch eine Reihe anderer EU-geführter Operationen ersetzt: *Triton* (2014 bis 2018), *Themis* (seit 2018), *Sophia* (2015 bis 2020) und *Irini* (seit 2020).⁴ Keine dieser Operationen war explizit auf die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer ausgerichtet, sodass diese

Aufgabe überwiegend von zivilen Seenotrettungsorganisationen wie SOS Humanity übernommen wurde.

Die Lage im zentralen Mittelmeer wird durch andere Akteur*innen erschwert. Dazu gehören Patrouillenboote der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache sowie kleinere Boote libyscher Milizen. Diese greifen regelmäßig in Rettungs Einsätze von NGOs in internationalen Gewässern ein und gefährden diese. In den letzten Jahren haben sich sogar kommerzielle Schiffe wie Tanker an der rechtswidrigen Rückführung von Überlebenden nach Libyen beteiligt. Gleichzeitig ignorierten staatliche Akteur*innen wie die maltesische Marine oder Küstenwache systematisch ihre gesetzliche Verpflichtung zur Koordination von Seenotfällen von Menschen in Seenot.

Externalisierung

Dieser Rückzug aus der Verantwortung spiegelt einen wachsenden Trend wider, bei dem europäische Akteur*innen Aufgaben, die eigentlich an ihren eigenen Grenzen durchgeführt werden müssen – von der Seenotrettung bis hin zur Bearbeitung von Asylanträgen –, so weit wie möglich aus EU-Territorium auslagern. Diese politische Strategie wird mit dem Begriff „Externalisierung“ beschrieben. So hat Italiens rechtsextreme Regierung – entgegen internationalem Recht – Vereinbarungen mit Ländern wie Albanien getroffen, wonach Asylanträge von Menschen, die nach Italien geflohen sind, auf albanischem Boden bearbeitet werden sollen. Noch besorgniserregender ist, dass einige dieser Abkommen ausdrücklich darauf abzielen, die Zahl der aus Libyen und Tunesien fliehenden Menschen unter dem beschönigenden Schlagwort „Migrationskontrolle“ zu minimieren. Durch die Unterstützung von Akteur*innen wie der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache mit finanziellen Mitteln, Ausrüstung und Informationen finanzieren die europäischen Steuerzahler*innen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen sowohl im zentralen Mittelmeer als auch in den Ländern, in die Flüchtende und Migrant*innen zurückgezwungen werden.

Die Externalisierung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik mag auf dem Papier wie ein trockenes Thema der europäischen Bürokratie erscheinen. In der Praxis bedeutet Externalisierung, dass die EU Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Erpressung, Vergewaltigung, moderne Sklaverei und Mord in erheblichem Ausmaß leistet. **Die unmenschlichen Folgen der Externalisierungspolitik zeigen sich täglich an den Körpern der Männer, Frauen und Kinder, die versuchen, aus Libyen und Tunesien zu fliehen – an denjenigen, die zur Rückkehr gezwungen werden, oder denen die Möglichkeit zur Flucht verwehrt wird.**

Die Grenzen der (Un-)Menschlichkeit

Dieser Bericht will die Geschichten der Menschen erzählen, die besser als andere wissen, was in den Gebieten geschieht, vor denen Europa wissentlich die Augen verschließt. Ihre Aussagen belegen ein System von Menschenrechtsverletzungen, das es ohne die Finanzierung der EU nicht gäbe. Anstatt „die Schleuser zu bekämpfen“, zeigen die Geschichten der Überlebenden, dass dieses System vielmehr wirtschaftliche Anreize für diese sowie Milizen und staatliche Akteur*innen schafft, die in vielen Fällen

zusammenarbeiten – oder de facto dieselben Akteur*innen sind. **Anstatt den Menschen schmuggel und -handel einzudämmen oder die Menschen gar von der Flucht abzuhalten, führt die Externalisierungspolitik zu mehr Tod und Leid.**

Indem die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die Realität an den europäischen Außengrenzen ignorieren, entziehen sie sich ihrer Verantwortung für diese Todesfälle – oft im Tausch für kurzfristige Popularität in einem politischen Klima, in dem Rechtsextreme auf dem Vormarsch sind.



Selbst die wirtschaftlichen Argumente für Externalisierungsmaßnahmen sind nicht stichhaltig: Die Ausgaben für den Versuch, Menschen an der Überquerung des Mittelmeers zu hindern, liegen deutlich höher als die potenziellen Kosten eines Such- und Rettungsprogramms. Das eine rettet, das andere kostet Leben.

Die Zeugnisse in diesem Bericht sind nur ein kleiner Ausschnitt der Geschichten der insgesamt 4.040 Überlebenden, die von der Crew der Humanity 1 zwischen August 2022 und April 2025 gerettet wurden. „Témoignage“, das heißt die Dokumentation von Augenzeug*innenberichten aus erster Hand, liefert nicht nur Belege für Menschenrechtsverletzungen. Sie illustriert anhand der geschilderten Erfahrungen und Geschichten auch die unterschiedlichen Schicksale der Menschen, die die Flucht über das zentrale Mittelmeer auf sich nehmen.

Viele Überlebende wurden dabei Zeug*innen von Ereignissen, über die die EU lieber einen Mantel des Schweigens breiten würde. Und sie stellen Forderungen, die europäische Entscheidungsträger*innen nur ungern hören. Als SOS Humanity wollen wir diesen Stimmen Gehör verschaffen, um die Fragen zu beantworten: Was geschieht mit den Opfern der europäischen Externalisierungspolitik? Wie können die Todesfälle und Menschenrechtsverletzungen im zentralen Mittelmeer und darüber hinaus verhindert werden? Und: **Wo liegen die moralischen Grenzen Europas?**



1. Methodik

Augenzeug*innenberichte sammeln

Was?

Neben der Rettung und dem Schutz von Menschen auf der Flucht ist das Bezeugen eine der wichtigsten Säulen der Arbeit von SOS Humanity.⁵ Das bedeutet, wir dokumentieren Augenzeug*innenberichte über die humanitäre Katastrophe auf dem zentralen Mittelmeer und berichten von Menschenrechtsverletzungen in den Herkunfts-, Transit- und Ankunftsändern. Die Dokumentation und Verbreitung dieser Berichte tragen auch zu dem politischen Wandel bei, den wir durch unsere Advocacy- und Kommunikationsarbeit anstreben. Während wir uns auf die Arbeit anderer NGOs und humanitärer Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) stützen, versuchen wir so weit wie möglich die Stimmen und Erfahrungen der Überlebenden in den Mittelpunkt zu stellen.⁶ Deren Augenzeug*innenberichte werden an Bord unseres Rettungsschiffes Humanity 1 von der*dem Kommunikationskoordinator*in aufgezeichnet. Diese gehören zur ständigen Crew von SOS Humanity und leiten das Kommunikationsteam an Bord.

Wann?

Nach einer Rettung gibt das Kommunikationsteam den Überlebenden Zeit und Raum, um zur Ruhe zu kommen und versorgt sie

mit trockener Kleidung, Lebensmitteln und medizinischer Hilfe. Im Anschluss stellt sich das Team mit einer kurzen Ansprache vor. Sie wird live in die für die Überlebenden relevanten Sprachen übersetzt. Die*der Kommunikationskoordinator*in informiert die Überlebenden über die Möglichkeit, ihre Geschichte zu erzählen. Dabei werden die Überlebenden aber nicht direkt angesprochen – niemand soll sich unter Druck gesetzt fühlen. Vielmehr können sie sich freiwillig an die*den Kommunikationskoordinator*in oder an ein anderes Crewmitglied wenden, wenn sie ihre Erfahrungen teilen möchten.

Bevor eine Aussage aufgenommen wird, berät sich die*der Kommunikationskoordinator*in mit der*dem Schutzbeauftragten und der*dem Beauftragten für psychische Gesundheit (Teil des Care-Teams an Bord), um sicherzustellen, dass diese keine unmittelbaren psychologischen Bedenken bezüglich der Aufnahme eines Erfahrungsberichts der*des Geretteten haben.

Wo?

Die*der Kommunikationskoordinator*in vereinbart mit der*dem Überlebenden einen passenden Zeitpunkt und Ort für das Gespräch. Dieser Ort soll so sicher, privat und angenehm wie möglich sein, zum Beispiel ein geschützter Bereich auf dem Schiffsdeck oder – außerhalb der Betriebszeiten – die Klinik an Bord.

Wer?

Gegebenenfalls sorgt die*der Kommunikationskoordinator*in dafür, dass die*der Kulturvermittler*in als Übersetzer*in fungiert. Wenn alle Parteien einverstanden sind, kann auch ein*e andere*r Überlebende*r übersetzen. Die Überlebenden entscheiden selbst, ob sie ihre Zustimmung zur Verwendung ihrer Aussagen, Audio, Video- und/oder Fotoaufnahmen geben. Gelegentlich können externe Journalist*innen, die sich der Crew jedes Rettungseinsatzes anschließen, ein Gespräch führen oder begleiten – jedoch nur nach einer sorgfältigen Einweisung und unter Aufsicht der*des Kommunikationskoordinator*in, um die Einhaltung der Schutzrichtlinien zu gewährleisten.

Wie?

Die*der Kommunikationskoordinator*in erklärt den Überlebenden das Verfahren zur Aufnahme eines Augenzeug*innenberichts und weist sie auf das Recht hin, die eigene Meinung über die Teilnahme ändern, die eigene Identität verbergen und die Zustimmung nach dem Gespräch zurückziehen zu können.

Jedes Gespräch beginnt mit der Frage: „Was möchtest Du uns mitteilen?“ Ein Gespräch kann von einigen Minuten für ein kurzes Statement bis zu einigen Stunden dauern. Gegebenenfalls stellt die*der Kommunikationskoordinator*in offene oder klärende Fragen, zum Beispiel zur Reise vom Heimatland der Überlebenden in das Abfahrtsland, zu den Erfahrungen in Libyen und/oder Tunesien, zur Überquerung des Mittelmeers und zu Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft. Dabei wird darauf geachtet, keine Suggestivfragen zu stellen. Wenn eine der Parteien dies wünscht, kann das Gespräch jederzeit unterbrochen oder beendet werden.

Schutzkonzept von SOS Humanity

Die Berichte werden in einem kurzen Zeitfenster zwischen den oft traumatischen und mitunter fast tödlichen Erfahrungen in Libyen/Tunesien oder auf dem Mittelmeer und der unsicheren Reise nach der Ankunft in Europa aufgezeichnet. In dieser kurzen Zeit haben viele der Geretteten zum ersten Mal seit langem wieder Zugang zu Nahrung, Wasser, grundlegender Hygiene, medizinischer und psychologischer Versorgung sowie zu zuverlässigen Informationen. Manche stehen noch unter Schock oder sind traumatisiert.

Bilder oder Aussagen, anhand derer sich Überlebende identifizieren lassen, können großen Schaden anrichten. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn sie extrem, aufdringlich oder manipuliert sind oder ohne ordnungsgemäße informierte Einwilligung aufgenommen wurden. Dies kann auch Freund*innen und Familienangehörige in den Herkunftsländern in Gefahr bringen, zum Beispiel wenn die*der Überlebende politisch verfolgt wird oder einer unterdrückten Minderheit in diesem Land angehört.⁷

Aus diesen Gründen basiert der Prozess des Bezeugens auf den Schutzprinzipien von SOS Humanity. Er erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Care-Team an Bord, einschließlich medizinischer und psychologischer Vertreter*innen. Diese Schutzverantwortung wird jedoch von der gesamten Crew übernommen. Die Crewmitglieder werden ermutigt, Überlebenden, die ihre Geschichte teilen möchten, ein offenes, vorurteilsfreies Ohr zu bie-

ten. Gleichzeitig ist es wichtig, dabei sensibel auf ihren physischen und psychischen Zustand zu achten.

Die wichtigsten Schutzprinzipien von SOS Humanity für Erfahrungsberichte sind:

- **Augenzeug*innenberichte sind freiwillig.** Die Kommunikationskoordinator*innen erklären, dass das Aussagen in Augenzeug*innenberichten keine positiven oder negativen Auswirkungen auf die Behandlung von Überlebenden an Bord oder während des Asylverfahrens hat. Minderjährige können nur dann teilnehmen, wenn sie entweder von mindestens einem Vormund begleitet werden oder wenn die*der betreffende Minderjährige besonders reif ist, den starken Wunsch äußert die eigene Geschichte zu erzählen, und keine Bedenken aus Gründen der psychischen Gesundheit vorliegen.
- **Die Augenzeug*innenberichte sind anonym.** Die Überlebenden dürfen nicht namentlich genannt werden, sondern werden gebeten, ein Pseudonym vorzuschlagen (in einigen wenigen Fällen haben Überlebende darum gebeten, kein Pseudonym zu verwenden. In diesen Fällen haben wir die Zeugnisse anonymisiert). SOS Humanity veröffentlicht keine Fotos oder Videos, auf denen das Gesicht der Betroffenen zu erkennen ist. Ebenso wird die Preisgabe spezifischer Details vermieden, die eine Identifizierung der Betroffenen ermöglichen könnten.
- **Nur Kommunikationskoordinator*innen nehmen Augenzeug*innenberichte auf.** Die einzige Ausnahme sind externe Journalist*innen, die Gespräche jedoch nur unter dem Beisein der*des Kommunikationskoordinator*in und nach vorherigem Einverständnis mit dem Schutzkonzept aufnehmen dürfen. Wer ein Interview führt, muss sensibel mit den Überlebenden umgehen und darf keine Urteile fällen.
- **Do No Harm.** Als SOS Humanity haben wir eine Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen, denen wir in einer Not-situation begegnen. Wir sind stets bestrebt, keinen weiteren Schaden anzurichten oder neue Risiken zu schaffen, zum Beispiel durch die Gefahr einer Retraumatisierung durch zu direkte Fragen nach Erfahrungen von sexualisierter Gewalt.⁸
- **Der Mensch steht im Mittelpunkt.** Die Menschen, die wir retten, und die Geschichten, die sie erzählen wollen, stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir erkennen ihre Rechte auf Beteiligung, Zustimmung und Schutz an und respektieren diese. Ihr Wohlergehen und ihre Sicherheit haben Vorrang vor unseren Kommunikationsanforderungen.⁹
- **Keine einzelne Geschichte.** Wir versuchen, so viele verschiedene Geschichten und Facetten von Menschen auf der Flucht wie möglich zu zeigen, ohne zu verallgemeinern, zu vereinfachen oder Stereotype aufrechtzuerhalten, einschließlich solcher, die sie nur als Opfer zeigen oder entmenslichend sind.¹⁰

Sollten Überlebende während des Gesprächs von Gewalt, Missbrauch, Folter und anderen Formen der Ausbeutung berichten, können diese Informationen mit deren Zustimmung an die*den Beauftragte*n für psychische Gesundheit und/oder an die*den

Schutzbeauftragte*innen weitergegeben werden. Diese verfassen „humanitarian referrals“, Informationen zu besonders vulnerablen Gruppen von Geretteten, die den Asylantrag der*des Überlebenden unterstützen kann. Nach jedem Gespräch werden die Überlebenden auf die Möglichkeiten medizinischer und psychologischer Unterstützung an Bord hingewiesen und erhalten Kontaktinformationen, die es ihnen ermöglichen, ihre Zustimmung zurückzuziehen, falls sie ihre Meinung vor der Veröffentlichung der Aussagen ändern.

Veröffentlichung

Nachdem die Überlebenden in Europa an dem ihnen zugewiesenen sicheren Ort von Bord gegangen sind, werden die Augenzeug*innenberichte an das Kommunikationsteam im Berliner Büro von SOS Humanity weitergeleitet. Dort werden sie bearbeitet, übersetzt und in englischer und deutscher Sprache auf unserer Website¹¹, in Newslettern, in Pressemitteilungen, in den sozialen Medien und in Berichten veröffentlicht. Manchmal werden die Berichte auch an Journalist*innen weitergegeben, sowohl an Bord der Humanity 1 als auch weltweit.

Die Augenzeug*innenberichte von Geretteten sind in Radiosendungen des *BBC World Service*, in italienischen Zeitungen wie *La Repubblica*, in Berichten der Internationalen Organisation für Migration (IOM)¹² und als Teil von Ausstellungen über Migration wie im *National Maritime Museum* in London erschienen. Darüber hinaus ist SOS Humanity jedes Jahr Mitveranstalter*in der szenischen Lesung *Tatort Mittelmeer*, bei der bekannte deutsche Schauspieler*innen und TV-Kommissar*innen Abschriften von Augenzeug*innenberichten lesen, um Licht auf den „Tatort“ Mittelmeer zu werfen.¹³ Wir sind offen für die Bereitstellung von Inhalten aus diesen Berichten für journalistische Zwecke oder für mögliche künstlerische oder politische Kooperationen. Schließlich werden diese auch in unserer Lobbyarbeit verwendet, sowohl in öffentlichen Debatten als auch im direkten Austausch mit politischen Entscheidungsträger*innen.

Methodik dieses Berichts

Grundlage dieses Berichts sind alle von der Crew der Humanity 1 gesammelten Augenzeug*innenberichte, die zwischen Oktober 2022 und August 2024 entstanden sind und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung verfügbar waren. Alle Aussagen werden hier mit Genehmigung wiedergegeben, einige wurden bereits vollständig auf der Website von SOS Humanity veröffentlicht.¹⁴ Die Aussagen wurden aufgezeichnet, wenn nötig ins Englische übersetzt und auf Klarheit, Verständlichkeit und Kürze hin bearbeitet. In einigen Fällen wurde auch ihre Struktur leicht verändert, sodass einige Zitate in diesem Bericht aus verschiedenen Teilen eines Augenzeug*innenberichts stammen können. Jede Aussage wurde mit einer Nummer versehen, die dem jeweiligen Rettungseinsatz zugeordnet ist (**R02 bis R14**)¹⁵:

Rettungseinsatz	R02	R03	R04	R05	R06	R07	R08	R09	R10	R11	R12	R13	R14
Datum	Okt. – Nov. 2022	Nov. – Dez. 2022	April 2023	Mai – Juni 2023	Juni – Juli 2023	Aug. 2023	Okt. – Nov. 2023	Nov. – Dez. 2023	Jan. – Feb. 2024	Feb. – März 2024	Mai 2024	Juni – Juli 2024	Juli – Aug. 2024

In manchen Fällen wurde unser Team informell auf Erlebnisse aufmerksam gemacht, die oft besonders schockierend oder traumatisch sind. Diese Geschichten erscheinen nicht in den aufgezeichneten Berichten, entweder weil die betreffenden Überlebenden nicht dazu aussagen wollten, oder weil unser Care-Team dies als zu psychisch belastend ansah. Diese Informationen werden daher nur vereinzelt in einem allgemeinen und vollständig anonymisierten Kontext erwähnt und betreffen Themen, die in den anderen Berichten nicht ausdrücklich angesprochen werden.



Die direkten Zitate der Überlebenden wurden in drei Kategorien eingeteilt: **Libyen, Tunesien** und das **zentrale Mittelmeer**. Auf der Grundlage ihrer Erfahrungen an diesen „Stationen“ ihrer Reise wurden Unterkategorien erstellt, beispielsweise „Diskriminierung und Verfolgung“. Wir haben auch die **Hoffnungen, Träume und Forderungen** der Überlebenden zusammengetragen und sie den politischen Forderungen von SOS Humanity an die EU und ihre Mitgliedstaaten gegenübergestellt. Schließlich wurde eine Wortfrequenzanalyse durchgeführt. Sie zeigt, welche Wörter in den Aussagen am häufigsten vorkamen. Das Ergebnis der Analyse ist im nächsten Kapitel in einer Wortwolke zu sehen. Die Augenzeug*innenberichte enthalten eine Fülle von Beweisen für Menschenrechtsverletzungen in Nordafrika, im zentralen Mittelmeerraum und darüber hinaus. Von einigen dieser Schilderungen wurde noch nicht einmal in den Medien berichtet.

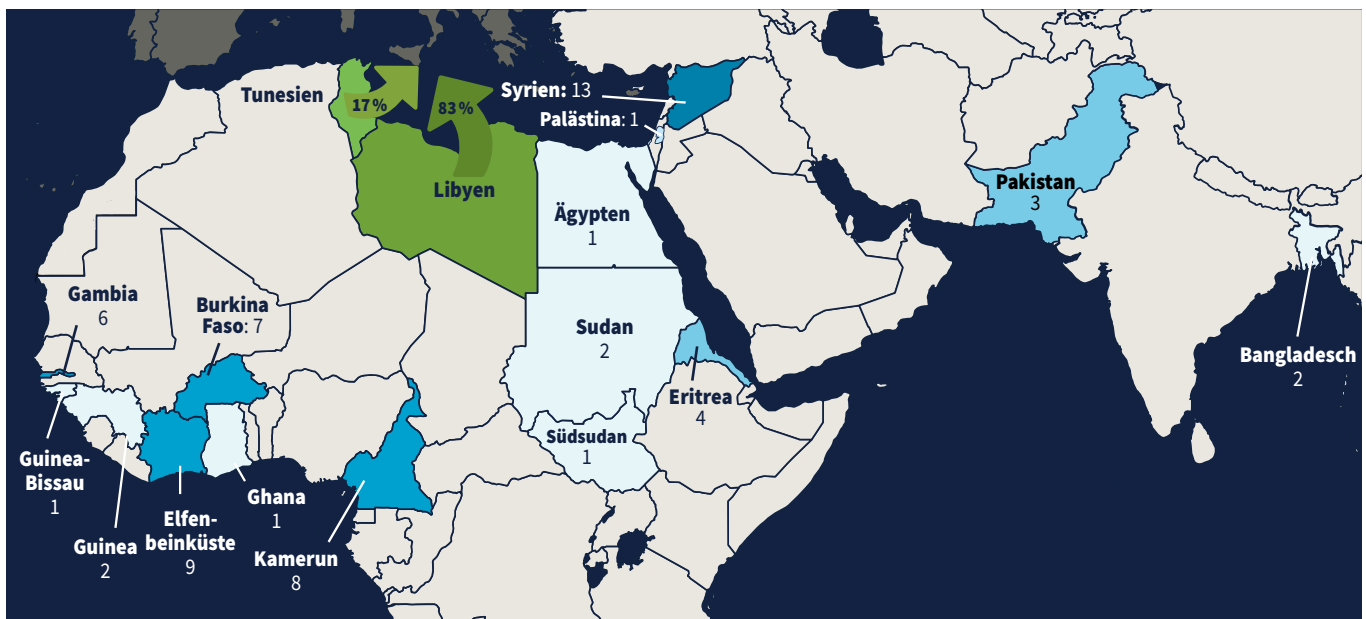
2. Quantitative Analyse

Die 64 Überlebenden, deren Aussagen in diesen Bericht einfließen, stammen aus insgesamt **15 Ländern** in Westafrika, Ostafrika, Nordafrika, dem Nahen Osten und Südasien. Diese Herkunftsländer entsprechen weitgehend den Nationalitäten der Menschen, die von der Crew der Humanity 1 gerettet wurden – wie in unserem früheren Bericht „Menschlichkeit über Bord“ beschrieben.¹⁶ Einige Überlebende haben gemeinsam Zeugnis abgelegt – zum Beispiel mit Freund*innen oder Familienangehörigen –, sodass die Gesamtzahl der Aussagen (51) niedriger ist als die Zahl der Personen.

Alle Geretteten starteten die Überquerung des Mittelmeers in **Libyen (83%)** oder **Tunesien (17%)**. Dies entspricht in etwa der

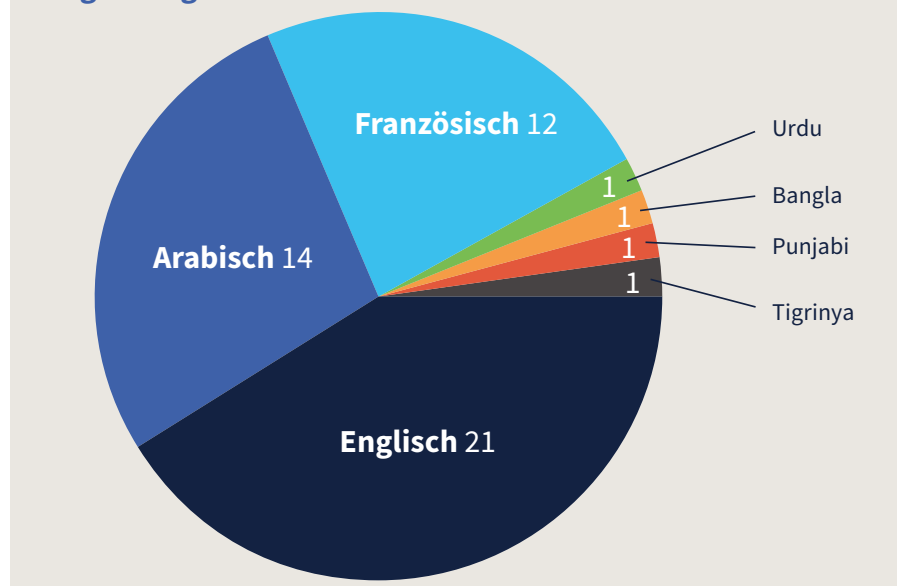
Verteilung der in „Menschlichkeit über Bord“ dokumentierten Abfahrtsländer (Libyen: 73%; Tunesien: 18%).¹⁷ Viele der Überlebenden nahmen lange, komplexe und nicht lineare Wege auf sich, um Libyen oder Tunesien zu erreichen. Manche durchquerten über mehrere Jahre hinweg mehrere Transitländer, einige kamen (freiwillig oder unter Zwang) von Libyen nach Tunesien oder von Tunesien nach Libyen. Viele von ihnen versuchten mehrmals, das Mittelmeer zu überqueren, bevor sie gerettet wurden.¹⁸ Eine Überlebende, **Fidaa***, berichtete, dass sie acht Versuche unternommen hatte, das Mittelmeer zu überqueren – zusammen mit ihren fünf Kindern, von denen eines eine Behinderung hat.

Herkunfts- und Abfahrtsländer

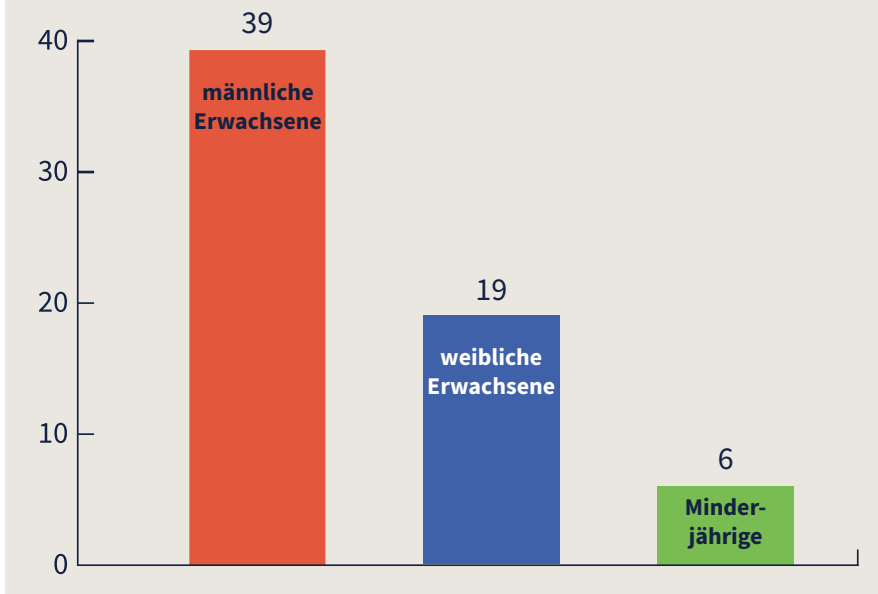


Die Überlebenden berichteten von ihren Erlebnissen in insgesamt sieben verschiedenen Sprachen: **Englisch, Französisch, Arabisch, Urdu, Bangla, Tigrinya** und **Punjabi**. Ein Mitglied der Crew der Humanity 1 (zum Beispiel die*der Kulturvermittler*in) oder ein*e andere*r Überlebende*r dolmetschte live aus dem Englischen für die*den Kommunikationskoordinator*in, die*der die Augenzeug*innenberichte aufnahm. Nach jedem Rettungseinsatz wurden die Aussagen entweder manuell oder automatisch transkribiert, um – falls erforderlich – die Genauigkeit dieser Live-Übersetzung zu bestätigen.

Augenzeug*innenberichte



Geschlecht und Alter



Die Mehrheit der Überlebenden waren **erwachsene Männer (61%)**, gefolgt von **erwachsenen Frauen (30%)** sowie männlichen und weiblichen **Minderjährigen (9%)**. Dies stellt eine Abweichung von der Demografie der Überlebenden dar, die in „Menschlichkeit über Bord“ dokumentiert wurde (erwachsene Männer: 61%, erwachsene Frauen: 8%, Minderjährige: 31%). Diese Diskrepanz erklärt sich durch ethische und praktische Herausforderungen, die mit der Aufnahme von Augenzeug*innenberichten von Minderjährigen verbunden sind.¹⁹

Um einen groben Überblick über den Inhalt der Aussagen zu erhalten, wurde schließlich die Häufigkeit der Wörter in allen Texten analysiert. Nachdem gängige Wörter wie „der“ und „ein“ aus der Analyse entfernt wurden, entfielen die meisten Nennungen

hauptsächlich auf Substantive. Zu den fünf häufigsten Substantiven gehörten „Libyen“, „Gefängnis“ und „Geld“. Dies spiegelt die Häufigkeit wider, mit der viele Überlebende willkürliche Inhaftierung und/oder Erpressung in Libyen erlebten.





3. Die Externalisierungspolitik der EU

„Die Flucht über das Mittelmeer ist ein Problem und eine Katastrophe, weil die Europäische Union die libyschen Behörden finanziert. Die Behörden terrorisieren die Flüchtlinge. Sie sind keine Regierung. Sie betreiben Menschenhandel, sie reichen die Migrant*innen von Mensch zu Mensch, von Arbeitgeber zu Arbeitgeber weiter.“

Geflüchteter aus dem Sudan (R07)²⁰

Externalisierung²¹

In den letzten zehn Jahren haben die EU und ihre Mitgliedstaaten immer mehr Methoden entwickelt, um Menschen auf der Flucht daran zu hindern, die EU-Außengrenzen zu überschreiten und Asyl

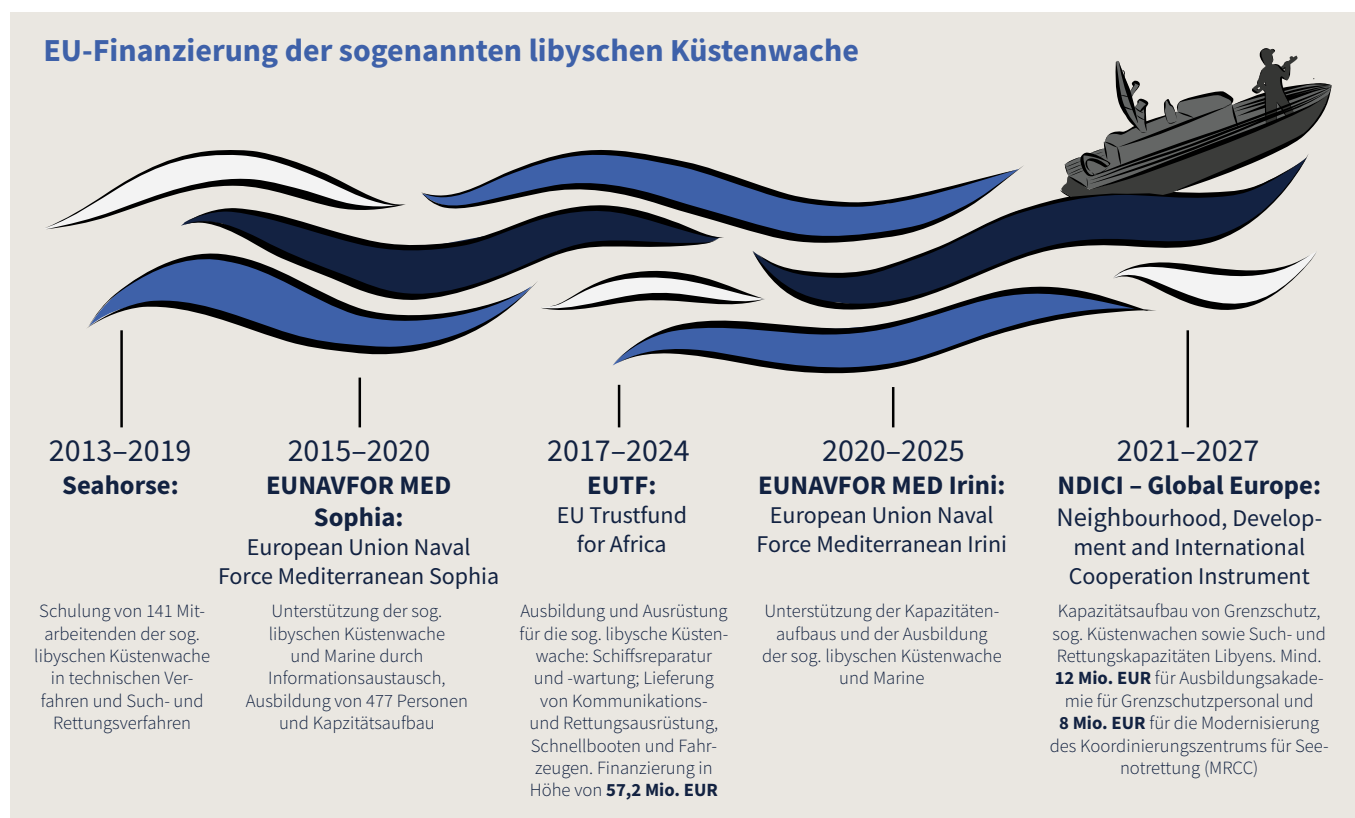
zu beantragen. Externalisierung beschreibt die Auslagerung von Grenzkontrollen und die Verlagerung der Verantwortung für den internationalen Schutz von Flüchtlingen – kodifiziert in der Genfer Konvention von 1951 und im EU-Recht²² – auf Drittländer außerhalb der EU.²³ Externalisierung ist ein Schlüsselement der europäischen Abschottungspolitik und wird von der EU und mehreren Mitgliedstaaten immer häufiger als politisches Instrument genutzt.

Hintergrund

Zwischen 2013 und 2014 wurden Menschen in Seenot im zentralen Mittelmeer durch die italienische Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* gerettet. Ihre Beendigung im Jahr 2014 markierte jedoch die Abkehr von der staatlich organisierten europäischen Seenotrettung.²⁴ Seitdem sind die militärischen und finanziellen Kapazitäten der EU darauf ausgerichtet, Menschen daran zu hindern, Europa zu erreichen. Die Einrichtung der libyschen und tunesischen Such- und Rettungszonen in den Jahren 2018 und 2024 ermöglichte es der EU und ihren Mitgliedstaaten, die Seenotrettung und die Verantwortung für die Koordinierung von Seenotfällen an die libyschen und tunesischen Behörden auszulagern. Dies hat zu einer beispiellosen Zunahme illegaler Rückführungen geführt.

Darüber hinaus wurden allein in den letzten zwei Jahren fünf neue EU-Partnerschaften mit Anrainerstaaten des Mittelmeers geschlossen,²⁵ darunter eine Kooperation mit Tunesien, die Mittel in Höhe von 105 Millionen Euro²⁶ für Grenz- und Migrationskontrolle bereitstellt. Einige EU-Mitgliedstaaten haben zudem bilaterale Abkommen unterzeichnet.²⁷ Seit 2023 ist mit dem Abkommen zwischen Italien und Albanien über die Auslagerung von Asylverfahren eine neue Form der Externalisierungspolitik entstanden. Im Rahmen

dieses Abkommens sollen Geflüchtete, die von der italienischen Küstenwache im Mittelmeer gerettet wurden, in Inhaftierungslager auf albanischem Boden gebracht werden und unter italienischer Gerichtsbarkeit Asylverfahren durchlaufen.²⁸ Obwohl die Ausschiffung von aus Seenot geretteten Menschen in Albanien gegen Völkerrecht und gegen die Rechte von Schutzsuchenden verstößt, wird sie innerhalb der EU als Vorlage für weitere Formen der Externalisierungspolitik diskutiert.



Eine Bedrohung für Flüchtende und ihre Rechte

Durch Abkommen mit Ländern, die grundlegende Menschenrechte verletzen und nicht willens oder in der Lage sind, Schutzsuchende im Einklang mit dem Völkerrecht zu behandeln, machen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten an schweren Menschenrechtsverletzungen mitschuldig. Obwohl diese Verstöße gegen das Völkerrecht gut dokumentiert sind, haben zahlreiche EU-Länder Interesse an Maßnahmen zur Auslagerung ihrer Verantwortung für Asylbewerber*innen bekundet oder diese gebilligt.²⁹

Abgesehen von dem Leid, das diese Abkommen für einzelne Menschen auf der Flucht bedeuten, bedrohen die Externalisierungsmaßnahmen die Einhaltung des Völkerrechts. Sie untergraben den internationalen Flüchtlingsschutz, der in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 kodifiziert ist. Aufgrund der zunehmenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Externalisierung stellte das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in seiner „Note on the ‚Externalization‘ of International Protection“ im Jahr 2021 fest, dass alle Maßnahmen, „[...] die darauf abzielen oder tatsächlich dazu dienen, sich der Verantwortung zu entziehen

oder Verantwortung zu verlagern, anstatt sie zu teilen, im Widerspruch zur Flüchtlingskonvention von 1951 und den Grundsätzen der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität stehen.“³⁰

Mit anderen Worten: Diese Politik steht in klarem Widerspruch zum internationalen Flüchtlingsrecht. Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde nach der durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Flüchtlingskrise, einer der dunkelsten Perioden der europäischen Geschichte, verabschiedet. Die EU, die 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ist stolz auf ihre Werte wie Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte. Eines ihrer erklärten Ziele ist die strikte Einhaltung des Völkerrechts. Ihr politisches Handeln spricht jedoch eine andere Sprache. Selbst EU-interne Stellen haben zahlreiche Berichte veröffentlicht, in denen sie Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht und Untersuchungen zu weit verbreiteten Rechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen fordern.³¹

Externalisierungsmaßnahmen im zentralen Mittelmeerraum

Ein Schlüsselbegriff des internationalen Seerechts ist der „sichere Ort“ (*Place of Safety* – PoS), an dem das Leben der Geretteten nicht mehr bedroht ist und ihre grundlegenden menschlichen Bedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und medizinische Versorgung erfüllt werden können.³² Das UNHCR stellt klar: „Im Fall von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die auf See gerettet werden, ist zu berücksichtigen, dass die Ausschiffung in Gebiete vermieden werden muss, in denen das Leben und die Freiheit derjenigen, die eine begründete Furcht vor Verfolgung geltend machen, bedroht wäre.“³³ Kein*e Überlebende*r aus Seenot darf jemals legal nach Libyen oder Tunesien gebracht werden, da diese Länder nicht als sichere Orte angesehen werden können.³⁴

Dessen ungeachtet ermöglichen Staaten wie Italien und Malta sowie die EU-Grenzschutzagentur Frontex Rechtsverstöße, einschließlich illegaler Rückführungen durch die tunesische und die sogenannte libysche Küstenwache im zentralen Mittelmeer – trotz der katastrophalen Menschenrechtssituation in beiden Ländern. Europäische und außereuropäische Rettungsleitstellen, Küstenwachen und andere EU-Einrichtungen wie Frontex verstoßen regelmäßig gegen internationales See- und Flüchtlingsrecht. Diese Politik ist der Grund für die Zunahme von Todesfällen auf dem Mittelmeer und illegalen Rückführungen von Menschen auf der Flucht in Länder, in denen sie misshandelt werden. Das zeigen die Aussagen der Überlebenden eindrücklich.³⁵

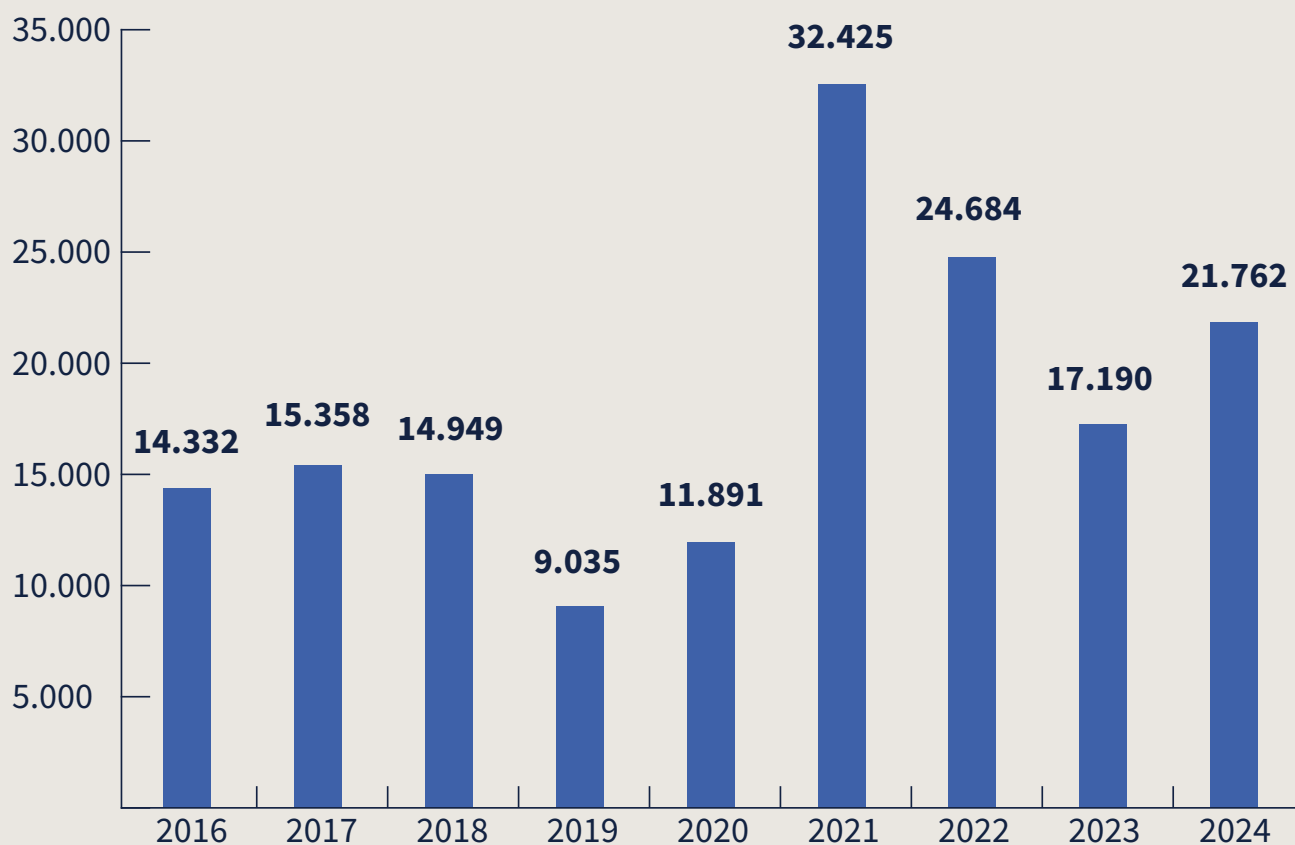
Neu eingerichtete Such- und Rettungszonen und Küstenwachen

Trotz dieser Verstöße gegen die Menschenrechte hat die EU die Einrichtung von Such- und Rettungszonen,³⁶ Rettungsleitstellen und Küstenwachen in Libyen und Tunesien nachdrücklich unterstützt – unter dem Vorwand, Menschenleben auf See zu retten.

Diese SAR-Zonen verleihen den „Rettungen“ der sogenannten libyschen und der tunesischen Küstenwache eine falsche Legitimität. In Wirklichkeit handelt es sich um illegale Rückführungen, die mit der Rettung von Menschen in Seenot nichts zu tun haben. Bezeichnenderweise wurde die sogenannte libysche Küstenwache in mehreren Gerichtsurteilen als dysfunktional und illegitim eingestuft.³⁷ Indem sie die illegalen Handlungen der Küstenwachen beider Länder normalisiert, ermöglicht die EU in großem Umfang Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtende.

Seit 2016 unterstützen die EU und ihre Mitgliedstaaten den Aufbau und den Unterhalt der sogenannten libyschen Küstenwache. Sie schulen sie und stellen ihr Patrouillenboote, Reparatur- und Wartungsdienste, Ausrüstung und finanzielle Mittel zur Verfügung.³⁸ Auch die tunesische Küstenwache erhält seit 2015 finanzielle und materielle Unterstützung von der EU.³⁹ Das eigentliche Ziel der EU-Kooperation ist klar: die Überfahrt von Menschen über das zentrale Mittelmeer um jeden Preis zu verhindern.

Rückführungen nach Libyen, 2016–2024



Illegale Rückführungen durch Küstenwachen

Indem die sogenannte libysche Küstenwache Menschen in Not aufgreift und sie (zurück) nach Libyen zwingt, verstößt sie gegen Völkerrecht – denn in Libyen sind die Menschen gewaltsamen Konflikten, Folter, willkürlicher Inhaftierung und systematischer Misshandlung ausgesetzt. Bei ihren Einsätzen geht die sogenannte libysche Küstenwache häufig gewaltsam vor und setzt Schusswaffen ein. Zwischen 2017 und März 2025 hat sie insgesamt 166.393 Menschen gewaltsam nach Libyen zurückgezwungen – ein Land, das von mehreren Überlebenden als „Hölle“ beschrieben wird.⁴⁰

Trotzdem arbeiten die italienischen und maltesischen Rettungsleitstellen sowie Frontex weiterhin mit den libyschen Behörden zusammen: Anstatt nahegelegene (Rettungs-)Schiffe wie die Humanity 1 zu informieren, die internationales Seerecht einhalten, leiten sie Seenotfälle an die sogenannte libysche Küstenwache weiter.

Diese Art der Zusammenarbeit ist auch mit Tunesien zu beobachten. Die EU und Mitgliedstaaten wie Italien und Deutschland unterstützen die tunesische Küstenwache, die ebenfalls illegale Rückführungen durchführt. Laut Alarm Phone⁴¹ geht die tunesische Küstenwache bei diesen Einsätzen gewaltsam gegen Menschen in Seenot vor, entfernt Motoren von deren Booten und fährt mit ihren Schiffen gezielt Manöver, um Schiffbrüche zu verursachen. Darüber hinaus haben Wissenschaftler*innen kürzlich aufgezeigt⁴², dass die Rückführungen mit der systematischen Vertreibung Schwarzer Migrant*innen in die Wüstengrenzregion zwischen Tunesien und Libyen oder Algerien sowie mit deren Ausbeutung durch Menschenhandel durch tunesische und libysche Akteure zusammenhängen.

Menschenleben und Steuergelder: der Preis der Externalisierungspolitik

Durch Externalisierungsabkommen zahlen die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht nur den Preis ihrer Glaubwürdigkeit und Integrität. Die Abschottungspolitik verschlingt auch enorme finanzielle Mittel: Zwischen 2015 und 2027 wird die EU mindestens 290,5 Millionen Euro⁴³ allein in die Grenzregime von Libyen und Tunesien investieren (einschließlich der Finanzierung der libyschen und tunesischen Rettungsleitstellen sowie der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache) – Kosten, die von den Steuerzahler*innen der EU getragen werden. Über einen Zeitraum von zehn Jahren entspricht dies einem Durchschnittswert von 242.083.333 Euro, was weit über den Kosten für den Betrieb eines Rettungsschiffes wie der Humanity 1 liegt.

Anstatt Maßnahmen zu finanzieren, die im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht stehen – zum Beispiel ein Seenotrettungsprogramm im Mittelmeer⁴⁴ – setzen die EU und ihre Mitgliedstaaten Mittel in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro dafür ein, Menschen im Mittelmeer abzufangen und sie unter Verletzung des Völkerrechts in Länder zurückzuzwingen, in denen ihnen Gewalt und Ausbeutung drohen.⁴⁵

Die Finanzierung der Externalisierungspolitik führt durch das gewalttätige und fahrlässige Verhalten der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache zu noch mehr Todesfällen auf See. Dies bezeugen auch die Aussagen der Überlebenden, die im Folgenden wiedergegeben werden. Allein im Jahr 2024 verloren 1.719 Schutzsuchende bei der Überfahrt über das zentrale Mittelmeer ihr Leben.⁴⁶

Die Kosten der Externalisierungspolitik





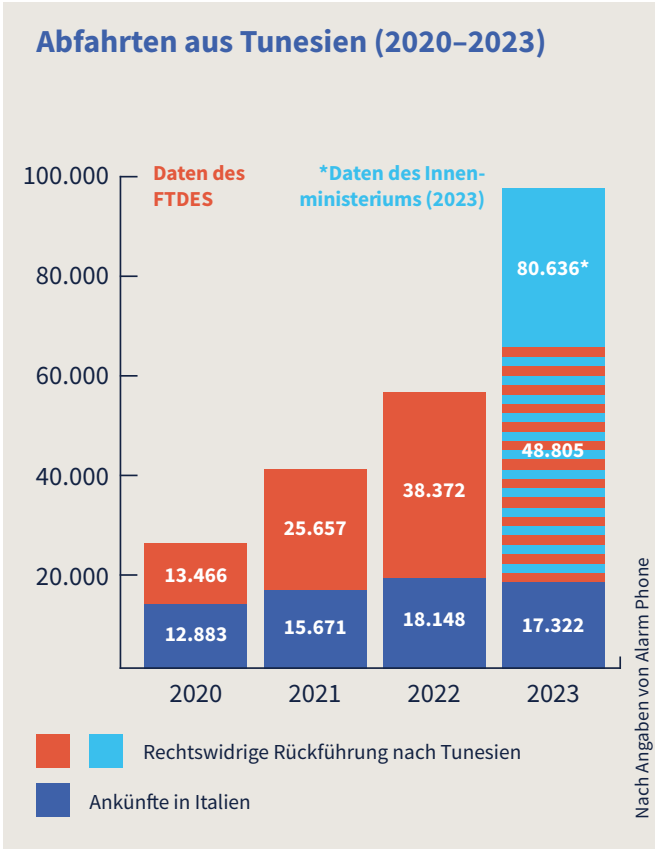
Foto: Rapael Schumacher/SOS Humanity

4.1 Abfahrtsland Tunesien

„ Ich durfte nicht rausgehen. Dort haben sie mich nicht bezahlt. Ich war wie ein Sklave für ihn.“

Romeo* (R06)

Die Menschenrechtsslage in Tunesien, das einst als Erfolgsgeschichte des Arabischen Frühlings galt, hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Unter der Herrschaft von Präsident Kais Saied ist Tunesien zunehmend autokratisch geworden. Saieds Wiederwahl im Jahr 2024 erfolgte unter fragwürdigen Umständen und wurde von Human Rights Watch⁴⁷ wegen des Ausschlusses der meisten Oppositionskandidat*innen kritisiert. Gleichzeitig haben Saieds Reden, in denen er Migrant*innen aus Subsahara-Afrika angreift, den bestehenden Anti-Schwarzen Rassismus im Land legitimiert und verschärft. Die Folge: eine Zunahme systematischer menschenverachtender Gewalt, die der *Guardian* als „Pogrom gegen eine winzige Gruppe von Migrant*innen“ beschrieb.⁴⁸ Zugleich ging die Regierung hart gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Gegner*innen vor. Minderheiten wie Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft sahen sich einer zunehmenden staatlichen Verfolgung ausgesetzt.⁴⁹



Obwohl Tunesien die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, verfügt es weder über ein funktionierendes Asylsystem noch wird Menschen das Recht auf Asyl gewährt. Menschen auf der Flucht werden im Land diskriminiert und ihr Recht auf internationalen Schutz wird verletzt.⁵⁰

Vor diesem Hintergrund kann Tunesien nicht als ein sicherer Ort betrachtet werden.⁵¹ Dies gilt insbesondere für Flüchtende und Migrant*innen aus Subsahara-Afrika, aber auch für viele Menschen mit tunesischer Staatsbürgerschaft, darunter Frauen, Nicht-Muslim*innen, politische Gegner*innen, die Zivilgesellschaft (einschließlich Journalist*innen, Anwalt*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen) sowie für die LGBTQIA+-Gemeinschaft.⁵² Dutzende von Organisationen, darunter SOS Humanity, haben diese Einschätzung im Oktober 2024 anlässlich der Einrichtung der tunesischen SAR-Zone in einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung bekräftigt.⁵³

Mit der sich verschlechternden Lage im Land ist die Zahl der Menschen, die aus Tunesien die Flucht über das zentrale Mittelmeer wagten, in den letzten Jahren gestiegen. 2023 flohen mehr Menschen aus Tunesien als aus Libyen.⁵⁴ 2024 kamen laut UNHCR etwa 29 % der in Italien angekommenen Menschen aus Tunesien.⁵⁵ Diese Überlebenden sind in acht unserer 51 Augenzeug*innenberichten vertreten, die alle während unseres sechsten Rettungseinsatzes im Jahr 2023 aufgenommen wurden.

Die folgenden Aussagen, die von Überlebenden aus der Elfenbeinküste, Burkina Faso und Guinea stammen, zeigen, wie brutal Menschen aus Subsahara-Afrika in Tunesien behandelt werden. Alle Befragten erlebten täglich systematische Diskriminierung und berichten davon, dass ihnen Rechte verweigert wurden, einschließlich des Rechts auf medizinische Versorgung. Sie erzählen von finanzieller Ausbeutung und moderner Sklaverei sowie von Verfolgung von Minderheiten. Viele Überlebende erlebten Gewalt, darunter körperliche und sexualisierte Gewalt sowie Folter. Schließlich berichten Überlebende von Fällen von sogenanntem Wüstendumping oder Menschenhandel über die Grenze nach Libyen.

Diskriminierung und Verfolgung

Schwarze Überlebende berichten, dass sie in Tunesien durchgängig als Bürger*innen zweiter Klasse behandelt wurden. Die systematische rassistische Behandlung/Ausgrenzung von Schwarzen Menschen hat schwerwiegende Folgen: Sie äußert sich etwa in der Verweigerung medizinischer Grundversorgung und in fehlendem Schutz durch staatliche Einrichtungen. Sie führt zudem zu finanzieller Ausbeutung bis hin zu moderner Sklaverei: Viele Männer, Frauen und Kinder arbeiten in Tunesien unter sklavenähnlichen Bedingungen – ohne grundlegende Rechte oder Bewegungsfreiheit und mit geringer oder gar keiner Entlohnung, selbst wenn diese versprochen wurde. Weitere Formen der Verfolgung in Tunesien, die sich häufig mit rassistischer Diskriminierung intersektional überschneiden, aber auch über diese hinausgehen, sind politische Verfolgung, Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und religiöse Verfolgung.

„Selbst wenn du in den Laden gehst und die Erste in der Warteschlange bist, tun die Tunesier so, als würden sie sich mit ihren Brüdern oder Schwestern unterhalten. Sie sehen dich nicht an. Ein anderer Tunesier kommt und wird bedient. Du wirst ignoriert. Sie bezahlen dich auch gar nicht. Mir haben sie meinen Lohn nicht gezahlt. Ich hatte um zehn Uhr abends Feierabend und habe am nächsten Tag um sechs Uhr morgens angefangen. Man wird so lange wach gehalten, wie sie es wollen.“

Ange* (R06)

„Ich arbeite. Dann werde ich ausgeraubt und mir wird mein Geld gestohlen. Ich gehe zur Polizei. Aber die Polizei unternimmt nie etwas. Im Gegenteil, die Polizei ermutigt die Täter noch, weiterzumachen.“

Demsey* (R06)

„Selbst wenn du schwanger bist und ins Krankenhaus gehst, nehmen sie keine Rücksicht auf dich.“

Anna* (R06)

„Eines Tages war ich sehr krank. Ich sagte ihnen: ‚Ich kann nicht zur Arbeit gehen.‘ Sie nahmen eine Eisenstange und schlugen mich. Jemand hat mich geschlagen und meine Haut hier aufgerissen [zeigt auf Narben in seinem Gesicht und am Körper]. Er schlug mich erneut. Ich musste mein Gesicht schützen, sonst hätte er meine Augen zerstört. Und ich werde euch auch nicht alles zeigen, denn ich habe viel verloren. Einer meiner Hoden ist zerrissen. Siehst du, das hat er gemacht. Einer ist zerstört, es ist nur noch einer übrig. Ich habe oft Schmerzen. Ich habe zu Beginn gebetet, als ich in Tunesien war, aber mein Chef hat mich daran gehindert. Denn sie sind Muslime und ich bin Christ.“

Romeo* (R06)

Körperliche und sexualisierte Gewalt

Die meisten Überlebenden, die bei unserem sechsten Rettungseinsatz befragt wurden, berichteten von Drohungen und Gewalttaten, die oft dauerhafte und sichtbare Schäden verursachten. Viele befürchteten, dass sie nicht überleben würden, wenn sie in Tunesien blieben – ein entscheidender Grund für die Flucht über das Mittelmeer. Die befragten Frauen waren auch sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, zum Beispiel sexueller Belästigung. Diese richtete sich auch gegen Schwangere.

„Du siehst mein Auge, es ist verletzt. Sie griffen mich an, es waren sechs Jugendliche. Sie haben Steine auf mich geworfen. Gott sei Dank hatte ich keine Brille auf. Die Glassplitter hätten meine Augen durchbohrt und ich hätte mein Augenlicht ganz verloren. Wenn du vorbeigehst, fassen dir die Jugendlichen oft an die Brüste.“

Ange* (R06)

„An einem Tag ging ich zum Fußballtraining. Meine Frau war schwanger, sie war zu Hause. Die Tunesier bitten sie, herauszukommen. Sie sagt, mein Mann ist nicht da, ich kann nicht rausgehen. Als ich zurückkam, hatten sie meine Frau geschlagen. Sie verprügelten sie, sie blutete am Unterleib, sie musste sich übergeben. Wir gingen ins Krankenhaus. Doch die Ärzte sagten mir, es gäbe keinen Platz für sie. Ich habe mein Baby verloren.“

Demsey* (R06)

„In Tunesien bedrohten mich die Leute mit Messern und stachen zu, wenn ich ihnen nicht mein Handy aushändigte. Wenn ich in Tunesien geblieben wäre, hätten sie mich umgebracht. Ich hatte keine andere Wahl.“

Mariam* (R06)

Menschenhandel und „Wüstendumping“

Die tunesischen Behörden, einschließlich der Polizei, machen sich mitschuldig am sogenannten „Wüstendumping“. Dabei werden Flüchtende und Migrant*innen gewaltsam in die Wüste gebracht und dort allein gelassen. Nicht selten kommt es zu Todesfällen.⁵⁶ Mehrere Befragte berichteten von dieser Praxis. Einigen von ihnen drohte die Verschleppung über die Grenze nach Libyen, ebenfalls unter Beteiligung staatlicher Behörden. Wie Überlebende berichten, ist „Wüstendumping“ auch mit (sexualisierter) Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, verbunden.⁵⁷

„Die Polizei drohte mir, mich in die Wüste an der Grenze zu Libyen zu bringen. Ich wusste nicht, was ich tun sollte.“

Mariam* (R06)

„In Sfax nahmen Behörden und Milizen Menschen fest und schoben sie in die Wüste zwischen Tunesien und Libyen ab. Ein Freund hat mir erzählt, dass er mit einer Gruppe anderer Menschen in die Wüste gebracht wurde. Er hat 37 Frauen gesehen, die dort vergewaltigt wurden. Frauen, die versuchen, sich zu wehren, werden bedroht und mit Waffen geschlagen. Die abgeschobenen Männer mussten dabei zusehen, und einige von ihnen waren Familienangehörige oder Freunde.“

Geflüchteter aus dem Sudan (R07)

„Außerdem wurden wir von der tunesischen Polizei gejagt. Wenn sie dich erwischen, schicken sie dich in die Wüste.“

Demsey* (R06)

EU-finanzierte Menschenrechtsverletzungen

Durch die Externalisierungspolitik der EU im Rahmen der „Migrationskontrolle“ wird das Leben von Flüchtenden, die an der Ausreise aus Tunesien gehindert oder zur Rückkehr nach Tunesien gezwungen werden, wissentlich gefährdet. Während in Libyen rivalisierende Gruppen um Macht ringen, ist Tunesien ein funktionierender, jedoch autoritärer Staat.⁵⁸ Umso schockierender ist

es, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten so eng mit staatlichen Behörden zusammenarbeiten, die Menschenrechtsverletzungen dulden, ermöglichen oder sogar systematisch begehen.

So hat die tunesische Nationalgarde, die von der EU mit einem Vertrag über 18 Millionen Euro⁵⁹ unterstützt wird, nachweislich Geflüchtete und Migrant*innen „in großer Zahl“ vergewaltigt.⁶⁰ Die Polizeikräfte, die zur Gewalt gegen Überlebende wie Demsey* ermunterten oder ihnen drohten, sie in der Wüste auszusetzen, sind Teil eines tunesischen Sicherheitsapparats, der von geplanten



und teilweise bereits ausgezahlten EU-Mitteln in Höhe von 164,5 Millionen Euro profitiert.⁶¹ Mit dem Geld, das für die Bekämpfung von Schleusern vorgesehen ist, wird letztendlich Menschenhandel finanziert und eine Nationalgarde unterstützt, die Menschen an die libysche Grenze zwingt und über ihren Verkauf verhandelt.⁶² Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Aufgrund der Berichte über Misshandlungen und sexualisierte Gewalt durch EU-finanzierte Sicherheitskräfte deutete die EU im Januar 2025 an, dass sie strengere Anforderungen für die Einhaltung von Menschenrechten für die Tunesien zugewiesenen Finanzmittel stellen würde.⁶³ Doch bisher wurden keine Maßnahmen ergriffen und bestehende Mittel können nicht zurückgefordert werden.⁶⁴



Foto: Alessio Cassaro/SOS Humanity

4.2 Abfahrtsland Libyen

„ *In Libyen ist nicht einmal dein toter Körper sicher.*“ Buba* (R02)

Libyen befindet sich seit 2014 in einem zerstörerischen Bürgerkrieg, der ein rechtliches und politisches Vakuum und tödliche Rahmenbedingungen für Menschen auf der Flucht geschaffen hat. In den letzten Jahren wurden libysche Haftanstalten für Flüchtende und Migrant*innen von Papst Franziskus⁶⁵ und sogar von deutschen Diplomaten*innen als „Konzentrationslager“ bezeichnet.⁶⁶ Die letzte unabhängige, vom UN-Menschenrechtsrat beauftragte Untersuchungsmission der Vereinten Nationen zu Libyen, kam 2022 zu dem Schluss, dass es begründeten Verdacht dafür gibt, dass in Libyen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Migrant*innen begangen werden.⁶⁷ Zuletzt wurden im März 2024⁶⁸ und im Februar 2025⁶⁹ Massengräber mit Leichen von Menschen auf der Flucht gefunden. Nach dieser jüngsten Entdeckung schloss sich SOS Humanity Dutzenden von Nichtregierungsorganisationen an und forderte eine dringende Überprüfung der EU-Finanzierung für Libyen.⁷⁰

Das alles passiert, obwohl Libyen – wie Tunesien – die Arabische Charta der Menschenrechte unterzeichnet hat, in der unter anderem das Verbot von Folter und unrechtmäßiger Inhaftierung

verankert ist.⁷¹ Die Lage im Land ist für viele Personengruppen kritisch. Flüchtende und Migrant*innen aus Subsahara-Afrika, aber auch viele libysche Staatsangehörige wie Frauen und Mädchen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Nicht-Muslim*innen und Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft werden diskriminiert.⁷² Zivilgesellschaftliche Organisationen wie „Refugees in Libya“ dokumentieren regelmäßige, systematische Menschenrechtsverletzungen.⁷³ Die Berichte decken sich mit den von SOS Humanity gesammelten Zeugnissen – ein weiterer Beweis dafür, dass Libyen nicht als sicherer Ort betrachtet werden kann.⁷⁴

Im vergangenen Jahr kamen die meisten Geflüchteten, die in Italien ankamen, aus Libyen: nach Angaben des UNHCR rund 63%.⁷⁵ Diese Menschen machen auch die große Mehrheit der von SOS Humanity aufgezeichneten Augenzeug*innenberichte aus: 43 von 51. Die Überlebenden, die aus Libyen geflohen sind, stammen aus einer Vielzahl von Ländern – aus Westafrika, Ostafrika, Nordafrika, dem Nahen Osten und Südasien. Dazu gehören auch Menschen, die ursprünglich als Migrant*innen und ohne die Absicht, das Mittelmeer zu überqueren, nach Libyen kamen. Sie sahen sich aufgrund der sich verschlechternden Menschenrechtsslage zur Flucht gezwungen.

Ihre Geschichten spiegeln alltägliche Diskriminierung, die Missachtung von Menschenrechten und die Verfolgung von Minderheiten, einschließlich religiöser Verfolgung, wider. Fast alle

berichteten von willkürlichen Inhaftierungen, oft in Verbindung mit moderner Sklaverei und/oder Menschenhandel. In den Inhaftierungslagern fehlte es zudem an Nahrung und medizinischer Versorgung. Körperliche Gewalt war weit verbreitet, ebenso wie sexualisierte Gewalt. Wie in Tunesien wurde mindestens ein Befragter damit bedroht, zum Sterben in der Wüste zurückgelassen zu werden.

Diskriminierung und Verfolgung

Die Überlebenden berichteten von systematischer Diskriminierung in sämtlichen Bereichen des täglichen Lebens, sowohl aufgrund ihrer ethnischen Herkunft (zum Beispiel gegenüber Schwarzen Menschen auf der Flucht) als auch wegen ihrer Nationalität (zum Beispiel gegenüber syrischen Flüchtenden). Viele beschrieben das Fehlen jeglicher Form von Menschenrechten in Libyen und betonten, dass selbst das Ertrinken dem Verbleib in Libyen vorzuziehen sei. Einige Überlebende bezeugten die religiöse Verfolgung von Nicht-Muslim*innen in Libyen. Und obwohl dies in keiner Aussage erwähnt wurde, sind LGBTQIA+-Flüchtende von Verfolgung durch repressive Gesetze und außergerichtliche Hinrichtungen betroffen.⁷⁶

„**Libyen hat Schwarze wie mich nicht willkommen geheißen. Sie haben uns oft misshandelt, mit Gewehren bedroht und uns in enge Kofferräume gezwängt, wenn wir zur Arbeit gehen wollten. [Sie] betrachten sich selbst nicht als Afrikaner, weil sie eine hellere Haut haben, und sie töten Schwarze Menschen.**“

Obiba* (R04)

„**Die Situation in Libyen ist verrückt. Denn es gibt viel Rassismus gegenüber syrischen Menschen. Das größte Problem war, dass aus der Schule, in die unser ältester Sohn ging, Kinder entführt wurden. Also haben wir beschlossen: Hier ist es nicht sicher. Wir werden unsere Kinder hier nicht zur Schule schicken.**“

Bader* (R10)

„**Gefangene aus Bangladesch und Äthiopien haben keinen Zugang zu Telefonen, um ihre Familien um Geld zu bitten. Es scheint, als wüssten die Wärter, dass ihre Familien es sich nicht leisten können, Geld zu schicken. Also lassen sie sie monatelang im hinteren Teil des Gefängnisses zurück und setzen sie ständiger Gewalt aus, ohne Rücksicht auf ihr Schicksal.**“

Nasser* (R14)

„**Ich habe es lieber riskiert, im Meer zu ertrinken, anstatt in Libyen zu bleiben. Denn dort gibt es keinen Frieden, keinen Respekt vor den Menschenrechten und keine geistige Freiheit. In Libyen gibt es überhaupt keine Menschenrechte. Libyen ist einfach die Hölle.**“

Sekou* (R04)

„**Ich bin orthodoxer Christ. Ich musste mich jeden Tag verstecken. Wenn sie dieses Kreuz gesehen hätten, hätten sie mich getötet.**“

Ashar* (R13)

Moderne Sklaverei, Menschenhandel und „Wüstendumping“

Entscheidend für die Behandlung von Flüchtenden und Migrant*innen in Libyen ist der gewaltsame Kreislauf aus Zwangsarbeit, Menschenhandel, Erpressung und Inhaftierung. Dieser Kreislauf beraubt sie ihrer Freiheit und setzt sie auf jedem Schritt unmenschlichen Bedingungen aus. Er kann bereits bei oder nach der Ankunft in Libyen beginnen⁷⁷ – oder wenn Flüchtende von der sogenannten libyschen Küstenwache aufgegriffen und an Milizen oder (halb-)offizielle Behörden übergeben werden, die mit einer der beiden rivalisierenden Regierungen Libyens verbunden sind. Diese Akteur*innen verkaufen die Überlebenden ganz offen gegen Geld und/oder halten sie fest.⁷⁸ Selbst diejenigen, die nicht inhaftiert sind, werden gezwungen ohne Bezahlung unter sklavennähnlichen Bedingungen zu arbeiten. Mindestens einem Überlebenden wurde gedroht, ihn in der libyschen Wüste auszusetzen.

„**Ich fing an, in Zuwara mit einem Mann zu arbeiten, der mich furchtbar behandelte. Er war ein Teufel. Er sagte Dinge wie: ‚Du bist nicht einmal ein Mensch.‘ Ich wollte nur noch weg. Ich hatte Angst, dass er einen Weg finden würde, mich wieder zu fangen, wenn ich versuchen würde zu fliehen. Er hatte gute Verbindungen zu den Leuten in der Stadt, dem Sicherheitspersonal und der Polizei.**“

Victor* (R04)

„**In Libyen gibt es verschiedene Milizen. Etwa fünf bis sechs, von denen ich weiß. Aber es gibt kein ‚offizielles Militär‘. Sie sind alle Milizen, denn sie wenden alle die gleichen Methoden und das gleiche System an: Schläge, Beleidigungen, Folter und Menschenschmutz. Die Flüchtlinge werden übergeben und von Person zu Person, von Offizier zu Offizier und sogar zwischen verschiedenen Milizen verkauft.**“

Geflüchteter aus dem Sudan (R07)

„**Libyen ist ein Netzwerk von Banden, die sich gegenseitig Menschen verkaufen. Wenn jemand in Libyen einen Syrer auf der Straße sieht, wird er entführt – und dann wird Lösegeld verlangt. Das Minimum liegt bei 1.000 bis 5.000 [Dinar]. Libyen ist ein Ort, an dem Menschen verkauft werden, wie beim Menschenhandel.**“

Jamaal* (R10)

„**Sobald wir aus den Bussen stiegen und den Gefängnisbehörden übergeben wurden, waren wir nur noch Nummern. Sie fragten nie nach unseren Namen, nur nach unserer Nationalität. In dieser Nacht verlangten sie im Gefängnis von Ghout al-Shaal von jedem von uns 1.500 Dollar, aber niemand zahlte. Wir konnten nicht ganz verstehen, ob wir verkauft worden waren oder nicht. Am nächsten Morgen verkauften uns die Wärter von Ghout al-Shaal an die für das Gefängnis Bir al-Ghanam zuständige Miliz. Dort wurde die geforderte Summe auf 2.500 Dollar erhöht.**“

Ramadan* (R14)

„**Um uns zu zeigen, dass sie keine Scherze machten, führten sie uns in die Wüste. Und jeder, der nicht zustimmt, Geld zu geben, muss sterben.**“

Leo* (R12)

- „Ich bin dreimal aus Libyen geflohen. Jedes Mal haben uns die Libyer erwischt. Drei Fluchtversuche, drei Mal Gefängnis. Sie verfolgen uns. Es ist ein Geschäftsmodell. Es ist wie Diebstahl: Wenn du Schwarz bist, kommen sie nachts und nehmen dich heimlich mit.“

Keita* (R06)

Willkürliche Inhaftierung

Nach ihrer Gefangennahme und/oder ihrem Verkauf werden die Überlebenden in der Regel in Einrichtungen festgehalten, die in Augenzeug*innenberichte häufig als „Gefängnisse“ bezeichnet werden. In Wirklichkeit handelt es sich um inoffizielle Internierungslager, die dazu dienen, Menschen zu foltern und zu erpressen. Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung sind kaum oder gar nicht vorhanden. Für die Freilassung werden Freund*innen und Familienangehörige dazu gezwungen, das wenige Geld, das sie haben, zu überweisen. Denjenigen, die nicht zahlen können, droht dauerhafte Haft oder der Tod.

- „Nach drei Monaten sahen wir plötzlich, wie die Polizei das Gebäude, in dem wir wohnten, von allen Seiten umstellte. Sie brachten uns ins Gefängnis. Sie nahmen uns unsere Pässe, Telefone und alles, was wir hatten.“

Marwan* (R13)

- „Das Gefängnis bestand im Wesentlichen aus Metallplatten, die in den Boden eingelassen waren und eine Metallkuppel über uns bildeten. Von 10 Uhr morgens bis 17 Uhr nachmittags stiegen die Temperaturen auf 60 oder 70 Grad Celsius. Für einen Menschen war es unmöglich, unter solchen Bedingungen zu überleben. Krankheiten waren weit verbreitet. Es gab keine Hygiene, keine medizinische Versorgung und keine sanitären Einrichtungen. Vor den Mahlzeiten brachen die Menschen vor Hitze und Hunger zusammen. Wenn jemand ohnmächtig wurde, kam niemand, um ihn nach draußen zu bringen. Unsere Knochen schmerzten von der Hitze, und unsere Haut wurde so brüchig, dass es sich anfühlte, als würde sie unsere Knochen nicht mehr bedecken.“

Ramadan* (R14)

- „Jeden Tag brachten sie uns nur vier Stücke Brot, und wir waren eine sechsköpfige Familie. Wir waren immer hungrig. Sauberes Wasser gab es fast gar nicht. Alle zwei Tage brachten sie uns ein paar Flaschen Wasser, die wir destillierten, damit wir nicht verdursteten. Die Hitze war unerträglich, und wir durften den Ort nicht verlassen, da die Außentüren verschlossen und bewacht waren.“

Fidaa* (R13)

- „Wir bekamen einen einzigen Teller mit Nudeln für ein Dutzend Leute. Alle waren sehr hungrig. Wenn wir etwas bekamen, mussten wir ganz langsam essen. Aber der Hunger war so groß, dass wir die Nudeln verschlangen. Auch haben wir alles wieder erbrochen. Viele Leute wurden krank. Einige hatten Fieber, Hautausschläge oder andere Probleme. Wenn jemand um Medizin bat, dann kamen sie mit Gewehren und schlugen zu. Es gibt Menschen, die im Gefängnis sterben, an Hunger, an Krankheiten oder am Dreck. Wir hatten kein Wasser zum Duschen und keine Wechselkleidung.“

Mohamed*/Abdul* (R11)

- „Das Gefängnis war kein Ort für Menschen. Es war eine Farm für Tiere. Man nannte es die ‚Schaffarm‘: Ein Patient kam zu mir und sagte, er brauche ein Medikament oder so etwas. Sie brachten ihn nach draußen und schlugen ihn. Sie schlugen so lange auf ihn ein, bis er ohnmächtig wurde. Sie öffneten die Gefängnistür und sperrten ihn ein. Wir haben sein Blut abgewischt und ihn behandelt.“

Jamaal* (R10)

- „Ein ägyptischer Mann war krank und versuchte zu fliehen. Ursprünglich wollte er zur Behandlung nach Italien reisen, weil er unter chronischen Kopfschmerzen litt und nachts sehr ängstlich war. Sie verhöhnten ihn. Als er zu fliehen versuchte, erwischte ihn ein Wärter und schlug ihm mit einem Eisenschloss auf den Kopf. Er blieb drei Tage lang bewusstlos und befand sich in unseren Händen am Rande des Todes.“

Nasser* (R14)

Gewalt

Sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser „Gefängnisse“ ist Gewalt in Libyen weit verbreitet. Die Spannungen zwischen rivalisierenden Gruppen schwelen noch immer im Nachgang des libyschen Bürgerkriegs. Polizei und Sicherheitskräfte üben häufig selbst Gewalt aus und Waffenkriminalität ist weit verbreitet. In den Haftanstalten wird diese Gewalt ungestraft ausgeübt, oft als Teil des Kreislaufs von Folter und Erpressung bis hin zu Mord.

- „Die Männer schlagen dich jeden Tag – ‚zahlen, zahlen!‘ Sie schlagen dich mit Metall, mit Stöcken, mit allem, was sie dabei haben. Sie rufen deine Mutter an, deine Familie, und machen ihnen Angst: ‚Wir werden ihn töten.‘ Wenn sie dich schlagen, wenn sie dich anschreien, rufen sie deine Familie an, oder sie nehmen den Ton auf und schicken ihn an sie.“

Ashar* (R13)

- „Sie haben uns wieder in ein Gefängnis gebracht, gequält und geschlagen. Im Gefängnis sind sogar Menschen gestorben. Sie lassen einen nicht frei, und wenn man keine Möglichkeit hat, einen Job zu finden, den man machen kann, dann stirbt man dort.“

Gigi* (R12)



Foto: Max Hirzel/SOS Humanity

„Regelmäßig wurden die Männer mit Schläuchen und Stöcken geschlagen, sogar auf dem Boden. Ich sah einen Mann, der durch die Schläge sein Auge verlor. Überall war Blut, und ich habe versucht, ihm zu helfen.“
Jamaal* (R10)

„Viele meiner Freunde sind in Libyen gestorben. Sie haben sie erschossen, direkt vor meinen Augen. Gott sei Dank habe ich Libyen nach vier Jahren endlich verlassen. Vier Jahre des Leidens.“
Geflüchteter aus Kamerun (R08)

„Es gibt dort keine Sicherheit; ständig hören wir Schüsse. Man kann nicht einmal 100 Meter weit rausgehen, da muss man schon um sein Leben rennen.“
Ishar* (R12)

„Die Libyer haben mein Baby genommen und es auf den Boden geworfen. Ich habe geschrien und geweint, und als ich ihn zurücknahm, war sein Gesicht blutverschmiert.“
Suzanne* (R03)

Sexualisierte Gewalt

Neben körperlicher Gewalt sind Frauen und Mädchen häufig sexualisierter Gewalt, sexueller Sklaverei und Vergewaltigung ausgesetzt, sei es in Privathäusern, in Lagerhäusern von Schleusern auf

dem Weg nach Italien oder in Haftanstalten. Dies wurde sogar von schwangeren Frauen und Frauen mit Kleinkindern berichtet.

„Eines Tages kam der Entführer und – bang, bang, bang, bang – fing an, auf alle zu schießen. Ich hatte Glück, dass sie mich nicht töteten. Ich rannte weg und entkam. Die Mädchen, die blieben, wurden zur Prostitution verkauft.“
Aisha* (R03)

„Viele, viele Frauen, viele Mädchen – sie entführen sie und machen alles, was sie wollen. Mit sexualisierter Gewalt. Sie zwingen die Mädchen, zu kochen oder das Haus zu putzen. Sie schlafen mit ihnen. Deshalb werden viele Mädchen ungewollt schwanger und haben psychische Probleme.“
Dina* (R13)

„Der Libyer, der das Lager leitete, versuchte mich zu überreden, mit ihm zu seinem Haus zu gehen. Als ich mich weigerte, sperrte er mich in den schmutzigsten Teil des Lagers, um mich unter Druck zu setzen, damit ich zustimme. Er fragte, ob ich Angst hätte, er würde mich vergewaltigen. Ich sagte ihm, ich würde mich umbringen, wenn er es versuchen würde.“
Jamila* (R13)

[TRIGGERWARNUNG]

„**Sie haben mich nach Tripolis gebracht und ins Gefängnis gesteckt. Dort geben sie dir Essen mit Drogen, damit du die ganze Zeit schläfst. Diese Drogen wirken sich auch auf das ungeborene Baby aus, es ist wie eine Abtreibung. An diesem Ort haben sie kein Herz. Mein Baby wurde nach sieben Monaten geboren, zu früh, wegen der Drogen. Als ich das zweite Mal inhaftiert wurde, hatte ich mein Baby bereits bekommen. Ich habe so oft um Wasser für mein Baby gebeten, aber sie haben mir nichts gegeben. Sie schlugen mich, berührten mich und vergewaltigten mich. Und dann haben sie auf mich ejakuliert, während ich mein Baby hielt.**“

Adama* (R03)



Menschenhändler bekämpfen – oder finanzieren?

Wer aus Libyen flieht, wird oftmals von der sogenannten libyschen Küstenwache zurückgeführt und unter Bedingungen festgehalten, wie sie oben beschrieben wurden. Das allein wäre ein Grund, die Finanzierung und Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache durch die Europäische Union einzustellen. Der Bericht der bereits erwähnten UN-Untersuchungsmission 2020–2023 liefert außerdem Beweise dafür, dass das Personal der sogenannten libyschen Küstenwache mit Milizen und Schmuggler in Verbindung steht und somit Teil des Geschäfts systematischer Menschenrechtsverletzungen in Libyen ist.⁷⁹ Rechtsexperten wie das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) haben den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert, die umfangreiche Unterstützung der EU für diese sogenannte Küstenwache zu untersuchen.⁸⁰

Zwischen 2017 und 2027 wird die EU in Libyen mindestens 84 Millionen Euro allein für den „Grenzschutz“ ausgegeben haben.⁸¹ Der Gesamtbetrag, der zwischen 2015 und 2021 im Bereich der Migration ausgegeben wurde, ist mit 465 Millionen Euro noch weitaus höher.⁸² Diese Finanzierung wurde wiederholt auf den Prüfstand gestellt – auch innerhalb der EU selbst. Der Europäische Rechnungshof stellte 2024 fest, dass bei der Auszahlung dieser Mittel

„Menschenrechtsrisiken nicht angemessen berücksichtigt werden“. Zudem war es seinem Untersuchungsteam nicht möglich, die Haftanstalten zu besuchen, in denen die oben beschriebenen Misshandlungen stattfanden.⁸³ Die NGO Statewatch stellte fest, dass im Entscheidungsprozess für die EU-Ausgaben zur „Migrationskontrolle“ weder Transparenz noch demokratische Kontrolle als Kriterien aufgeführt sind.⁸⁴

Die EU und ihre Mitgliedstaaten – insbesondere Italien – rechtfertigen die finanzielle Unterstützung der libyschen „Migrationskontrolle“ mit der Bekämpfung von Menschen-smuggel und Menschenhandel.⁸⁵ Die Plausibilität dieser Motivation wird jedoch durch verschiedene Fälle in Zweifel gezogen. Ein Beispiel ist der Umgang mit Osama Elmasry Njeem, einem libyschen General, Polizeichef und Kommandanten der Mitiga-Gefangenenlager.⁸⁶ Njeem wird derzeit vom Internationalen Strafgerichtshof – dem Italien als Vertragsstaat angehört – wegen Mordes, Folter, Vergewaltigung und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie wegen Menschenhandels gesucht.⁸⁷ Dennoch konnte er am 18. Januar 2025 nach Turin reisen, um sich ein Fußballspiel anzusehen. Nachdem er kurzzeitig von den italienischen Behörden festgehalten worden war, wurde er am 21. Januar freigelassen und von Italiens angeblich „schleuserfeindlichen“ Regierung nach Libyen zurückgefliegen.

Ein weiterer Fall ist der libysche Milizenführer Ahmad „al-Ammu“ al-Dabbashi, der 2018 von den Vereinten Nationen als „bedeutsamer Anführer bei illegalen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Schleusung von Migranten“ auf eine schwarze Liste gesetzt wurde.⁸⁸ Al-Ammu hat zahlreiche, höchst unsichere Überfahrten über das Mittelmeer organisiert, darunter auch die eines Überlebenden, der 2024 an Bord der Humanity 1 ausgesagt hat.⁸⁹ Medienberichten zufolge hatte die italienische Regierung im Jahr vor seiner Aufnahme in die schwarze Liste einen Deal mit al-Ammu abgeschlossen: Er wurde dafür bezahlt, einen wertvollen Ölkomplex zu bewachen, die teilweise von einem italienischen Unternehmen betrieben wird.⁹⁰

Wenn libysche Menschenhändler trotz Haftbefehl des IstGH ungestraft in Europa Urlaub machen können oder von der italienischen Regierung finanziell profitieren, kann man sich kaum der Schlussfolgerung entziehen, dass es der EU nie in erster Linie darum ging, Menschen-smuggel oder Menschenhandel zu verhindern, geschweige denn, Leben zu retten. Die Externalisierungspolitik der EU hat nur ein Ziel: zu verhindern, dass Menschen nach Europa und damit in Sicherheit gelangen.



5. Das zentrale Mittelmeer

„ Als wir das erste Mal versuchten zu fliehen, kamen die Libyer. Sie nahmen unser Geld und schossen auf das Boot, sodass wir anfangen zu kentern. Ich habe meine beiden Brüder im Meer verloren, sie sind beide ertrunken.“

Fatime* (R03)

Jedes Jahr fliehen Tausende von Menschen vor Gewalt und Verfolgung in Libyen und Tunesien, indem sie in kleinen Booten die Überquerung des zentralen Mittelmeers wagen. Viele bezahlen Schmuggler für einen Platz an Bord, obwohl der Zustand dieser Boote in der Regel deutlich schlechter ist, als ihnen zuvor versprochen wurde. Nicht selten werden die Menschen während ihrer Reise von den Schmugglern misshandelt. Andere werden mit Waffengewalt in die Boote gezwungen. Wenn sie ihre Meinung zur Überfahrt ändern, wird ihnen damit gedroht, erschossen zu werden. Manche werden gezwungen, das Boot zu steuern und die Verantwortung für Dutzende von Menschenleben zu übernehmen,

obwohl sie keine Erfahrung in der Seefahrt haben. Das zentrale Mittelmeer ist ein chaotisches und oft gefährliches Gebiet, in dem zahlreiche Akteur*innen mit konkurrierenden Interessen operieren. Dazu gehören Schmuggler und Milizen, die tunesische und die sogenannte libysche Küstenwache, Schiffe der europäischen Küstenwache oder des Militärs sowie nichtstaatliche Rettungsschiffe wie Humanity 1.

Menschenschmuggler und Milizen

Seeuntüchtige Boote

Die kleinen Boote, die von Menschenschmugglern zur Verfügung gestellt werden, sind überfüllt und seeuntüchtig. Es fehlt an ausreichenden Lebensmitteln, Trinkwasser, Rettungs- und Navigationsausrüstung. Eine einzige Welle kann sie zum Kentern bringen oder Menschen über Bord werfen. Mehrere Überlebende mussten mit ansehen, wie andere Passagier*innen ertranken. Aus den Motoren tritt häufig Treibstoff aus, der in Verbindung mit Meerwasser Verbrennungen zweiten Grades verursacht. Zugleich können die Dämpfe zu schweren Vergiftungen und Bewusstlosigkeit führen. Der prekäre Zustand der Boote macht sie per Definition nach internationalem Seerecht zu Seenotfällen, die automatisch einen Rettungseinsatz bedürfen, wenn sie gesichtet werden.⁹¹ Doch statt sichere Fluchtwege zu schaffen, lagert die

EU die Grenzkontrolle und den Flüchtlingsschutz zunehmend an Drittstaaten aus. In der Praxis führt das dazu, dass Seenotrufer ignoriert und Verantwortlichkeiten für ihre Koordination hin- und hergeschoben werden – bis es für Hilfe zu spät ist.



„ Sie sagten uns, es sei aus Glasfaser, aber sie schickten uns ein Plastikboot. Als wir das Plastikboot sahen, verloren wir die Hoffnung. Aber man kann nicht aussteigen, sonst schießen sie auf einen. Wir sind um drei Uhr nachts losgefahren. Im Boot musste sich [meine Frau] Dina wegen des Benzingeruchs von Anfang bis Ende übergeben.“

Ashar* (R13)

„ Auf dem Boot befanden sich 275 Personen, die Kinder nicht mitgerechnet. Die Menschen saßen dicht gedrängt, übereinander und an den Rändern des Bootes. Wir waren wirklich in Gefahr und drohten jeden Moment zu ertrinken.“

Ramadan* (R14)

„ Es gab keine Hoffnung mehr. Wir wussten nicht einmal, wo wir waren. Es war vorbei. Ehrlich, es war vorbei. Das Wasser drang in das Boot ein.“

Ange* (R06)

„ Die See war nachts rau, und unser Boot war kein richtiges Boot – ihr habt es ja gesehen. Wir versuchten, die Situation unter Kontrolle zu bringen, aber bevor wir das konnten, fielen einige unserer Freunde ins Wasser. Einige von denen, die schwimmen konnten, schafften es, wieder auf das Boot zu kommen. Aber die, die nicht schwimmen konnten, sind einfach verschwunden. Wir wissen nicht, wie viele. Manche sagen fünf, manche sagen sechs, andere sagen neun Personen. Einige von uns denken immer noch an sie. Es ist eine furchtbare Sache, die passiert ist.“

Bakary* (R02)

Bestechung und geheime Absprachen

Die Überlebenden wiesen auf die engen Verbindungen zwischen Schmugglern, Menschenhändlern, Milizen und der sogenannten

libyschen Küstenwache hin. Dazu gehören der Austausch von Informationen, personelle Überschneidungen, Bestechung oder geheime Absprachen.

„ Die Schmuggler hatten ein Schaf in das Boot gelegt. Wie wir später herausfanden, war es ein Geschenk für die libysche Küstenwache zum Feiertag, um sie zu bestechen und uns die Weiterfahrt zu ermöglichen, falls sie uns abfangen sollten.“

Jamila* (R13)

„ Wir bezahlen die Milizen, damit sie uns erlauben, mit dem Boot zu fahren. Aber dann kommt eine andere Miliz und zwingt uns zurück an die Küste.“

Yousif* (R07)

„ Die Männer, die mit den Schmugglern zusammenarbeiteten, warteten auf die Ankommenden [nachdem ihr Boot zur Rückkehr nach Libyen gezwungen wurde]. Sie schlugen die Menschen mit Stöcken. Nachdem das Boot geleert war und sich niemand mehr darauf befand, fuhren sie mit einem Schnellboot zu unserem alten Boot, enterten es und stahlen alle zurückgelassenen Habseligkeiten.“

Fidaa* (R13)

Tunesische und sogenannte libysche Küstenwache

Pullbacks

Im internationalen Flüchtlingsrecht ist der Grundsatz der Nichtzurückweisung verankert. Dieser verbietet die Rückführung von Menschen in ein Land, in dem ihnen Folter oder andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen drohen (ein „Pullback“ oder „Pushback“). Außerdem ist eine Rettung erst dann abgeschlossen, wenn die Überlebenden an einem sicheren Ort mit Zugang zu Nahrung, Unterkunft und medizinischer Versorgung ausgeschifft werden und keine Gefahr weiterer Verfolgung besteht.⁹² Das bedeutet, dass die Rückführung von Flüchtenden nach Libyen und Tunesien gegen internationales Recht verstößt und nicht als Rettung verstanden werden kann. Dennoch unterstützen europäische Behörden und Agenturen wie Frontex diese Rückführungen, indem sie der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache Informationen und Ressourcen zur Verfügung stellen.

„ Wir haben gesagt, dass wir uns in internationalen Gewässern befinden. Die Libyer können nicht hierher kommen. Es waren mehr als 25 Frauen an Bord, aber es kam kein Rettungsboot. Wir haben die ganze Nacht gewartet, bis zwölf Uhr nachts. Wir haben sogar einen Notruf abgesetzt. Wir haben gemeldet, dass ein Boot mit 125 Menschen in Seenot ist. Aber kein Rettungsboot kam. Schließlich sahen wir [die sogenannte libysche Küstenwache] kommen, um uns aufzunehmen. Es ist ein Boot, für das die Italiener bezahlen. Wir waren wütend. Sie zwangen uns, einzusteigen. Wir waren hungrig, wir waren so hungrig.“

Keita* (R06)

- „ [Die sogenannte libysche Küstenwache] näherte sich dem anderen Boot. Sie forderte die Leute auf, auf ihr Boot zu kommen, aber sie weigerten sich. Sie warfen Seile in das Boot, aber die Menschen warfen sie zurück – sie wollten nicht an Bord kommen. Ein erster Mann sprang ins Wasser, weil er wusste, dass er im Gefängnis landen würde und ihn dort der Tod erwarten könnte. Es ist besser, im Meer zu sterben als in libyschen Gefängnissen. Ein zweiter Mann sprang, und ein dritter. Schließlich waren sechs Menschen im Wasser. Das Schnellboot der [sogenannten libyschen Küstenwache] folgte ihnen, aber sie weigerten sich, an Bord zu kommen. Sie näherten sich unserem Boot und die Männer feuerten Schüsse in die Luft und ins Wasser. Sie zwangen uns, das Boot zu verlassen und beschlagnahmten es. Unter uns waren alte Männer, einige kleine Kinder und eine schwangere Frau.“

Mohamed* (R11)

- „ Die tunesische Nationalgarde erwischt und verhaftete uns. Wir verbrachten zwei Tage im Gefängnis in Tunesien, bevor wir nach Libyen gebracht wurden.“

Ishar*/Amir* (R12)

- „ Ein tunesisches Fischerboot nahm uns alle an Bord. Ich fragte den Kapitän, ob er uns nach Italien bringen könne. Er sagte, das ginge nicht. Er habe bereits mit der tunesischen Küstenwache gesprochen – sie hätten ihm gesagt, er solle uns zurück nach Tunesien bringen.“

Abu Muhammad al Suri* (R14)

Körperliche und sexualisierte Gewalt

Sowohl die tunesische als auch die sogenannte libysche Küstenwache sind schwer bewaffnet. Häufig tragen sie AK-47-Sturmgewehre. Sie führen nicht nur gefährliche Manöver auf See durch,⁹³ sondern gehen auch gewaltsam gegen Menschen vor, die auf der Flucht sind: Sie schlagen Männer, Frauen und Kinder, bedrohen sie mit dem Tod, schießen mit scharfer Munition und bringen Boote zum Kentern.⁹⁴ Auch von sexualisierter Gewalt an Land und auf See wurde berichtet.⁹⁵

- „ Die Leute, die uns auf dem Wasser erwischt haben [die sogenannte libysche Küstenwache], sind Verbrecher. Sie schossen auf die Ocean Viking, ein Rettungsschiff. Sie schossen auch in die Luft.⁹⁶ Wir wurden geschlagen und gefesselt.“

Keita* (R06)

- „ Als wir an Bord des Schiffes der Küstenwache gingen, sah mein Sohn Adil, der an Autismus leidet, die bewaffneten Männer. Sie schlugen mit Gewehrkolben auf die jungen Männer ein, und er lachte über sie. Er verstand nicht, was geschah, aber die Soldaten dachten, Adil würde sich über sie lustig machen. Deshalb schlugen sie mit ihren Gewehren auf ihn ein, und er wurde bewusstlos.“

Fidaa* (R13)

- „ Zehn Männer an Bord beschlossen, vom Schiff der libyschen Küstenwache ins Wasser zu springen. Um



Foto: Camilla Kranzusch/SOS Humanity

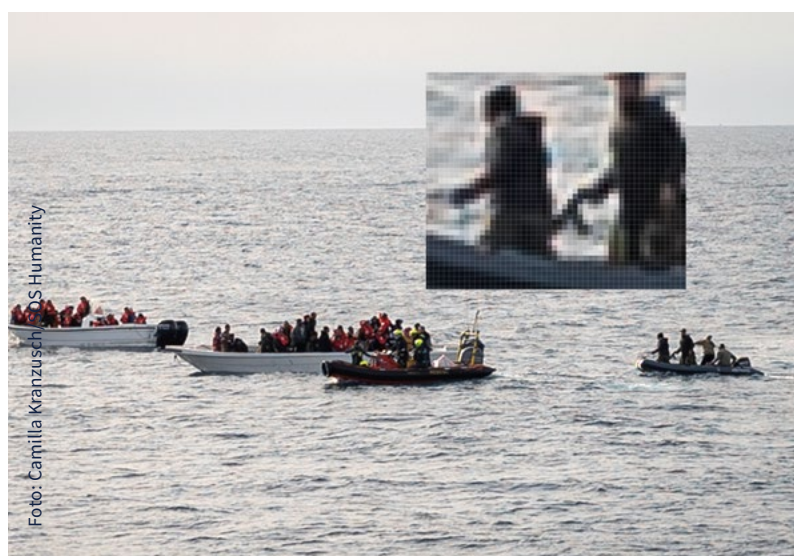


Foto: Camilla Kranzusch/SOS Humanity

die Kontrolle zu behalten, begannen die Libyer sie zu schlagen und Elektroschocks einzusetzen. Dann begannen sie zu schießen, um das Schiff [der NGO] zu vertreiben, und sie begannen, die restlichen Überlebenden auf ihr Boot zu zwingen. Sie nahmen den Motor aus dem Boot und setzten es in Brand.“

Abu Muhammad al Suri* (R14)

- „ [Nach einer gewaltsamen Konfrontation zwischen zwei rivalisierenden libyschen Küstenwachen] Die Küstenwache von Sabratha schaltete den Motor ein und rammte unser Boot. Es entstand ein Loch. Wasser drang ein, das Boot sank. Dann fuhren sie weg. Irgendwann kam ein anderes offizielles Boot [der sogenannten libyschen Küstenwache] und beschloss zu helfen. Sie nahmen zuerst die Frauen an Bord. Dann begann ein Soldat auf diesem Boot, eine Frau anzufassen. Ihr Ehemann war an Bord. Die Frau schrie: ‚Geh weg!‘, und ihr Mann rief: ‚Bitte fasse sie nicht an!‘ Der Soldat ging zu dem Mann, hielt ihn fest und wollte ihn über Bord werfen.“ [bezieht sich auf eine andere versuchte Überfahrt]

Abu Muhammad al Suri* (R14)



„Die tunesische Nationalgarde erwischte uns. Wir waren 47 Menschen. Wir baten sie, uns gehen zu lassen. Wie kann ein Afrikaner einen anderen Afrikaner daran hindern, sich auf die Suche nach einem besseren Leben zu machen? [bezieht sich auf eine andere versuchte Überfahrt]“

Keita* (R06)

„Wir trafen auf die tunesische Nationalgarde, die uns aufforderte, umzukehren. Wir hatten keine andere Wahl. Sie sagten uns, wenn wir uns weigerten umzudrehen, würden sie unser Boot, unser kleines Boot, zum Kentern bringen und uns ins Wasser fallen lassen.“

Michael* (R06)

Menschen dem Ertrinken überlassen

Die Missachtung von Menschenleben durch die tunesische und die sogenannte libysche Küstenwache geht so weit, dass sie Flüchtende mit dem Ertrinkenlassen bedrohen – und in einigen Fällen diese Drohung auch in die Tat umsetzen. Obwohl sie davon profitieren, Gruppen von Überlebenden an Land zu bringen und sie zurück in den Kreislauf von Menschenhandel und Gewalt zu verkaufen, zeigen sowohl die tunesische⁹⁷ als auch die sogenannte libysche Küstenwache Gleichgültigkeit gegenüber der Möglichkeit, dass einzelne Flüchtende sterben.

„Drei junge Männer sprangen wegen der schweren Schläge, die sie erleiden mussten, ins Meer. Die libysche Küstenwache ließ sie vor unseren Augen sterben

und beschimpfte sie sogar, während sie ertranken. Sie sagten zueinander: ‚Lasst sie sterben, das ist leichter für uns und für sie.‘“

Fidaa* (R13)

„Als ich das zweite Mal versuchte zu fliehen, kam der Verantwortliche zu uns, zog ein Gewehr und begann auf die Menschen im Boot zu schießen. 14 Menschen starben. Sie haben nur zugesehen, wie die Menschen starben. Sie sind alle ertrunken, und sie haben nur zugesehen.“

Mari Therese* (R03)

„Obwohl die Gegend voller Patrouillen, Küstenwachen und Milizen war, kam uns niemand zu Hilfe [nachdem ihr Boot zur Umkehr gezwungen wurde]. Die jungen Männer auf dem Boot begannen, allen Familien und Kindern zu helfen, schwimmend das Ufer zu erreichen. Mehrere Menschen ertranken auf dem Weg zum Ufer. Nach all dem kamen der offizielle libysche Fernsehsender und andere Sender wie Al Jazeera und Orient und interviewten die Schmuggler, die gerade noch Menschen verprügelt hatten. Diese fingen an, vor der Kamera über ihr ‚Heldentum‘ zu sprechen und darüber, wie sie das Boot und die Migranten darauf gerettet hätten. Sie behaupteten, sie hätten alle gerettet und niemanden ertrinken lassen – obwohl sie nichts dafür getan haben, auch nur eine einzige Person von dem Boot zu retten oder vor dem Ertrinken zu bewahren, während sie ans Ufer schwammen.“

Fidaa* (R13)

Europäische Akteur*innen

Absprachen bei illegalen Rückführungen und unterlassenen Rettungsmaßnahmen

Die europäische Beteiligung an illegalen Rückführungen im zentralen Mittelmeer geht über die finanzielle und materielle Unterstützung der tunesischen und sogenannten libyschen Küstenwache hinaus. Regelmäßige Versäumnisse bei der Einleitung von Such- und Rettungseinsätzen für Boote in Seenot trugen zu großen Schiffsunglücken wie in Cutro⁹⁸ und Pylos⁹⁹ bei. Diese Gleichgültigkeit wurde von Aussagen der Überlebenden bestätigt. Küstenstaaten wie Italien und Malta lassen nicht nur zu, dass die tunesische und die sogenannte libysche Küstenwache Schutzsuchende aufgreifen, die sicher nach Europa gebracht werden könnten und sollten.¹⁰⁰ Sie koordinieren mit ihnen Seenotfälle, die illegale Push- und Pullbacks und damit den nachfolgenden Ausbeutungskreislauf ermöglichen.

- „*Wir fuhren etwa 135 Meilen, bis wir italienische Gewässer erreichten. Ein italienisches Rettungsschiff war etwa sechs Meilen von uns entfernt. Es gab noch ein weiteres Schiff, aber ich weiß nicht, was es war. Wir konnten das italienische Rettungsschiff mit bloßem Auge sehen. Als wir uns mit ihnen in Verbindung setzten, entschuldigten sie sich und sagten, dass es gefährlich für sie sei. Daraufhin kam die libysche Küstenwache und brachte uns zurück nach Libyen.*“

Ramadan* (R14)

- „*Wir haben einmal, zweimal und dreimal angerufen, aber es kam keine Antwort. Schließlich meldete sich die italienische Küstenwache. Als wir erklärten, dass wir fast ertrinken und sterben würden, antworteten sie, das sei normal und sie könnten im Moment nichts für uns tun.*“

Rami* (R02)

- „*Die Malteser hielten uns auf dem Wasser an. Zuerst dachte ich, es sei eine Rettungsaktion. Sie sagten uns, sie würden uns nach Italien schicken. Zu meiner großen Überraschung sahen wir die libysche Küstenwache ankommen, die uns nach Libyen brachte. Dieser Tag war nicht einfach. Wir dachten, wir würden in Italien ankommen, aber am Ende waren wir, ohne ein Wort zu sagen, wieder in Libyen.*“

Geflüchteter aus Kamerun (R08)

- „*Nach zweieinhalb Tagen auf See wurden wir von der libyschen Küstenwache abgefangen. Wir fragten sie: ‚Wie habt ihr uns gefunden?‘ Und uns wurde gesagt, dass Malta [sie] informiert hatte.*“

Malik* (R10)

- „*Als wir die maltesischen Hoheitsgewässer erreichten, kam ein kleines Aufklärungsflugzeug vorbei und machte Fotos von unserem Boot. Etwa vier Stunden später kam ein maltesisches Flugzeug und warf in unserer Nähe eine Rauchbombe ab, die offenbar ein Signal für die Küstenwache war. Etwa eine halbe Stunde später tauchte die libysche Küstenwache hin-*

ter unserem Boot auf und brachte uns zurück. Eigentlich hat die Küstenwache keine direkte Verbindung zum Gefängnis, aber sie verkaufen uns gegen Geld an sie, um Profit zu machen.“ [bezieht sich auf eine andere versuchte Überfahrt]

Ramadan* (R14)

Tödliche Externalisierungsmaßnahmen

Wenn das Ziel der EU-Außenpolitik in den letzten zehn Jahren darin bestand, Menschen davon abzuhalten, das Mittelmeer zu überqueren, hat diese Politik versagt. Im Jahr 2024 flohen 188.913 Menschen über das Mittelmeer. Im Vorjahr gab es mehr Überfahrten als in jedem anderen Jahr seit 2016.¹⁰¹ Die Gründe für die Verzweiflung derjenigen, die ihr Leben auf dem Meer riskieren, um aus Tunesien und Libyen zu fliehen, sind aus den vorangegangenen Kapiteln ersichtlich, ebenso wie die Tatsache, dass es keine sicheren und legalen Fluchtrouten gibt.

Die Augenzeug*innenberichte in diesem Kapitel zeigen jedoch, dass auch auf dem Mittelmeer Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind – und dass die europäischen Behörden Verantwortung dafür tragen. Indem sie der tunesischen und der sogenannten libyschen Küstenwache Informationen und Koordinaten für Seenotfälle zur Verfügung stellen, nichtstaatlichen Rettungsschiffen wie der Humanity 1 aber oft nicht, machen sich Institutionen wie Frontex an gewaltsamen und illegalen Rückführungen mitschuldig.¹⁰² Es ist eine grausame Ironie, dass das Wort „illegal“ im Diskurs über (legale, aber irreguläre) Ankünfte in Europa zur Normalisierung geworden ist, während eklatante Verstöße gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung auf dem Mittelmeer als „Grenzkontrolle“ bezeichnet werden. In vielen Fällen nutzen die Gewalttäter Schiffe, die von Europa bezahlt werden: Seit 2022 hat Italien allein der sogenannten libyschen Küstenwache zwölf Schiffe zur Verfügung gestellt.¹⁰³ Andere Staaten, wie zum Beispiel Malta, entziehen sich ihrer rechtlichen Verantwortung, indem sie keine Such- und Rettungsmaßnahmen einleiten und Rückführungen ermöglichen.¹⁰⁴ Die Einrichtung tunesischer und libyscher Such- und Rettungszonen sowie teilweise dysfunktionaler Rettungsleitstellen¹⁰⁵ verleiht ihren Einsätzen den Anschein von Professionalität und Legitimität, obwohl sie das diametrale Gegenteil von legitimer Seenotrettung sind.

Was ist das für eine „Küstenwache“, die Menschen beim Ertrinken zusieht, Rettungseinsätze behindert oder auf Menschen in Seenot schießt? Diese Frage wurde von einem Gericht in Crotona, Italien, gestellt, das die unrechtmäßige Beschlagnahme von Humanity 1 im Jahr 2024 aufhob und entschied: „Es kann nicht behauptet werden, dass die von der libyschen Küstenwache durchgeführte Aktivität als Rettungseinsatz qualifiziert werden kann.“¹⁰⁶ Doch Jahr für Jahr finanzieren Steuerzahler*innen die Aktivitäten von gewaltsamen Akteur*innen. Es sind unter anderem deren Handlungen, die zu den fast 25.000 Todesfällen von Menschen auf der Flucht beitrugen, die seit 2014 im zentralen Mittelmeer dokumentiert wurden. **Im Wissen um den tödlichen Preis der Externalisierungspolitik müssen sich die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten fragen: Wie viele verlorene Menschenleben braucht es noch, bevor die Grenze der Unmenschlichkeit überschritten ist?**



6.1 Europa: Hoffnungen und Träume

„*Wenn Europa uns diese Freude zurückgeben könnte, damit wir lächeln können, wie andere Menschen auch. Wenn Europa uns als Menschen akzeptieren könnte – das wäre schön. Wir sind ja auch Menschen. Wenn man mich schneidet, fließt Blut; wenn man dich schneidet, ist es auch Blut. Es ist das gleiche Blut, ja oder nein?*“

Ange* (R06)

Alle 64 Personen, deren Berichte für diesen Bericht ausgewertet wurden, haben einen komplizierten und gefährlichen Weg zurückgelegt, bevor sie versuchten, das Mittelmeer zu überqueren und von der Crew der Humanity 1 gerettet wurden.¹⁰⁷ Ihre Zukunft in Europa ist jedoch oft ebenso von Unsicherheit geprägt.

Auch wenn die Augenzeug*innenberichte nicht aus erster Hand von den Erfahrungen der Überlebenden nach der Ausschiffung von der Humanity 1 erzählen, geben sie doch einen Einblick in ihre Hoffnungen, Wünsche und Forderungen für die Zukunft.

Sicherheit und Schutz

Viele Überlebende wünschten sich und ihren Familien vor allem ein Leben in Sicherheit und Stabilität. Die Wünsche spiegeln zugleich die Gewalt, die Konflikte und die Verfolgung wider, denen die Überlebenden vor ihrer Rettung oft ausgesetzt waren.

„*Wenn ich in Italien ankomme, werde ich als Erstes um Schutz bitten.*“

Leon* (R12)

„*Zum ersten Mal rennt [an Bord der Humanity 1] unser kleines Mädchen jeden Morgen zu uns, um uns zu umarmen, und das ist in letzter Zeit noch nie passiert. Die Kinder sagen: ‚Wir wollen nicht zurück in das Lagerhaus, wir wollen hier auf dem Schiff bleiben!‘ Für die Zukunft wünschen wir uns Stabilität, Sicherheit und dass die Kinder zur Schule gehen können. Wir wollen, dass sie richtiges Essen bekommen, dass sie zu festen Zeiten schlafen, dass sie Spielzeug haben – dass sie ein normales Leben führen.*“

Jasina* (R10)

- „ Als sie uns sagte ‚Willkommen in Europa‘, waren wir alle glücklich. Wir hatten zu viel gelitten. Es waren drei Jahre voller Schwierigkeiten, um nach Europa zu kommen.“
Celine* (R06)

Akzeptanz

Eine weitere, häufig geäußerte Hoffnung war die Akzeptanz durch die europäischen Länder, sei es auf persönlicher, kultureller oder gesellschaftlicher Ebene.

- „ Mein Traum ist es einfach, Europa zu erreichen. Wenn Europa mich aufnimmt, werde ich ein europäischer Bürger sein. Ich bin ein harter Arbeiter, und ich bin bereits in der Fischzucht tätig. Wenn Europa mir die Chance gibt, dieses Geschäft fortzuführen oder auf andere Weise einen Beitrag zu leisten und den Europäern zu helfen, wäre ich mehr als bereit dazu.“
Obiba* (R04)

- „ Ich hoffe, ein besseres Leben zu finden. Und ich hoffe, dass die Kinder meiner Brüder sich in das westliche Leben integrieren können, das sich kulturell von unserem Leben unterscheidet. Und dass sie Möglichkeiten zum Lernen und Arbeiten finden und ein besseres Leben ohne Angst haben werden.“
Rami* (R02)

Bildung und Beschäftigung

Der Wunsch nach Stabilität ist eng verknüpft mit dem Wunsch nach Bildung und Arbeit – sowohl für die Überlebenden selbst als auch für ihre Familien. Diese Ziele entsprechen der Analyse in früheren Berichten von SOS Humanity, in denen die Suche nach Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten als wichtige Gründe für das Verlassen der Herkunftsländer genannt werden.¹⁰⁸

- „ Mein Ziel ist es, nach Europa zu gehen und zu studieren. Seit ich ein Kind war, wollte ich immer Übersetzer werden. Das ist mein Traum. Ich möchte meine Ausbildung fortsetzen und Übersetzer werden und mich dann um meine Familie kümmern. Denn ich bin im Moment die einzige Hoffnung für meine Familie.“
Keita* (R06)

- „ Wenn ich nach Europa gehe, würde ich gerne mehr über Fotografie und Computer lernen. Mein Traum ist es, Fotografin zu werden.“
Dina* (R13)

- „ In Italien möchte ich wieder zur Schule gehen. Mein Traum ist das Bauwesen. Ich wünsche mir auch, dass meine [verletzte] Hand wieder in Ordnung kommt. Dann weiß ich, dass meine Familie etwas zu essen haben kann.“
Gigi* (R12)

- „ Ich habe nur einen Plan: Ich werde versuchen, zur Schule zu gehen, weil ich es liebe, neue Dinge zu lernen. Ich möchte mich weiterbilden, und ich möchte zur Schule gehen. Vielleicht werde ich danach viele verschiedene Dinge ausprobieren können. Aber mein Ziel ist es, Journalistin zu werden. Die Vorstellung, Journalistin zu werden, gefällt mir.“
Sekou* (R04)

- „ Ich will, dass meine Tochter zur Schule geht. Ich möchte, dass sie studiert, dass sie Anwältin wird.“
Celine* (R06)

Menschenrechte und Freiheit

Viele der geäußerten Hoffnungen und Träume drehen sich um den Wunsch, nach der Ankunft in Europa Zugang zu grundlegenden Menschenrechten zu erhalten – sei es Sicherheit, Schutz vor Folter und Gewalt, eine Unterkunft, medizinische Versorgung oder Bewegungs- und Meinungsfreiheit. Dies gilt insbesondere für die Rechte von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, Schwarzen Menschen und LGBTQIA*-Geflüchteten.

- „ Diejenigen, die nach Libyen migrieren, um nach Italien zu gelangen, tun dies, weil sie in ihrer Heimat keine Rechte haben. Es gibt Menschen, die nach Libyen kommen, obwohl sie wissen, dass in Libyen der Tod lauert, aber sie riskieren trotzdem ihr Leben, um sich eine Zukunft zu sichern.“
Yousif* (R07)

- „ Ich hörte, dass es in Europa Menschenrechte gibt und sagte mir: ‚Da muss ich hin!‘“
Geflüchteter aus dem Sudan (R07)

- „ Ich weiß nicht, was mir das Leben in Europa bringen wird. Aber die Menschen achten dort die Menschenrechte. Was ich in Tunesien erlebt habe, da bin ich mir sicher, das wird mir in Europa nicht passieren. Ich kann dort ein besseres Leben haben.“
Ange* (R06)

- „ Ich werde die Vereinten Nationen immer auffordern, der Notlage der Schwarzen Menschen Aufmerksamkeit zu schenken, denn wir leiden zu sehr. Schwarze Menschen leiden. Und unsere Frauen – unsere Frauen haben keine Zukunft. Man sagt ihnen, sie sollen zur Schule gehen, aber trotzdem enden sie als Wasserträgerinnen auf der Straße und können ihren Kopf nirgendwo ausruhen. Das ist nicht gut. Die Afrikaner leiden.“
Obiba* (R04)

- „ Während der Überfahrt sahen wir immer wieder Vögel an uns vorbeifliegen. Wir fragten uns, von welcher Seite sie kamen. Wir erkannten sie nicht, und wir konnten keine Insel sehen. Aber wir konnten sehen, dass uns zwei von ihnen folgten. Als wir anhielten, flogen sie weiter. Ich dachte, sie würden uns den Weg zeigen: ‚Ihr müsst in diese Richtung, ihr müsst in diese Richtung.‘“
Geflüchteter aus Kamerun (R08)

6.2 Forderungen an die EU und die deutsche Bundesregierung

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihrer Verpflichtung zur Rettung von Menschenleben auf See und zum Flüchtlingschutz nachkommen. Diese Verpflichtung ist im Völkerrecht und im EU-Recht verankert. – Sie deckt sich mit den Forderungen

gen vieler Überlebender. Europa darf seiner Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte nicht aus dem Weg gehen, indem es diese an Drittstaaten auslagert.

Wir fordern die EU und ihre Mitgliedstaaten auf:

1. ihre Pflicht zur Rettung von Menschenleben auf See durch Einhaltung des internationalen Seerechts zu erfüllen.

→ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen an ihren Außengrenzen das Völkerrecht einhalten. Dazu gehören die Pflicht der Staaten, Seenotfälle zu koordinieren, die Pflicht zur Rettung auf See sowie die schnellstmögliche Ausschiffung der Geretteten an einen sicheren Ort.

→ Die EU und ihre Mitgliedstaaten dürfen Menschen, die aus Seenot gerettet wurden, nicht nach Tunesien und Libyen zurückzwingen oder sich an illegalen Rückführungen beteiligen.
Rückführungen nach Libyen oder Tunesien sind illegal. Die zuständigen europäischen Küstenstaaten Malta und Italien sowie die europäische Grenzschutzagentur Frontex müssen sicherstellen, dass aus Seenot gerettete Menschen nicht in Libyen oder Tunesien an Land gebracht werden.

→ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen zivilen Rettungsschiffen nahegelegene, sichere Orte zuweisen.
Die systematische Praxis, nichtstaatlichen Seenotrettungsorganisationen weit entfernte Häfen zuzuweisen, widerspricht dem internationalen Seerecht.¹⁰⁹ Als zuständige EU-Küstenstaaten müssen Italien und Malta Rettungseinsätze unverzüglich koordinieren und Rettungsschiffen einen sicheren Hafen in unmittelbarer Nähe zuweisen.

„Wir befolgen das Recht der europäischen Nationen. Wir können nichts anderes tun, als ihnen zu sagen, dass die derzeitige Situation nicht gut für uns ist. Wir brauchen ihre Hilfe.“
Michael* (R02)

„[Über Italiens Politik der weit entfernten Häfen] Das ist keine gute Lösung. Der Hafen muss in der Nähe sein, man muss den Hafen verlassen und zurück ins Mittelmeer kommen.“
Keita* (R06)

2. jede Zusammenarbeit mit Tunesien und Libyen im Bereich der Migration oder der Seenotrettung zu beenden, die zur Verletzung und Einschränkung der Rechte von Flüchtlingen führt.

→ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre Unterstützung für die sogenannte libysche und die tunesische Küstenwache beenden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die Ausbildung, Ausrüstung und Finanzierung der sogenannten libyschen und der tunesischen Küstenwache unverzüglich einstellen. Die Unterstützung von Akteur*innen, die Menschenrechtsverletzungen begehen und mit Menschenhandel in Verbindung gebracht werden, bedeutet eine Mitverantwortung für diese Verstöße.

→ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen die offizielle Anerkennung der libyschen und tunesischen Such- und Rettungszonen widerrufen.
Die libysche und die tunesische Such- und Rettungszone erfüllen weder die technischen noch die humanitären Anforderungen, die notwendig sind, um Rettungseinsätze ordnungsgemäß zu koordinieren.¹¹⁰ Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) dafür einsetzen, dass die Anerkennung der libyschen und tunesischen Such- und Rettungszonen widerrufen wird.

„Die Zahlungen an Libyen und Tunesien werden auf schädliche Weise verwendet. Europa sollte die Unterstützung der Milizen einstellen. Ich fordere die Europäische Union auf, die Unterstützung für Libyen einzustellen und das Geld stattdessen für arme Länder zu verwenden.“

Geflüchteter aus dem Sudan (R07)

3. ein europäisches Seenotrettungsprogramm einzurichten.

→ Das Seenotrettungsprogramm soll von der EU eingerichtet, finanziert und koordiniert werden.
Es sollte ein humanitäres Mandat haben und allein darauf ausgerichtet sein, die Sicherheit auf See zu gewährleisten und Menschenleben zu schützen. Die Finanzierung und die verwendeten Ressourcen müssen transparent und öffentlich einsehbar gemacht werden, um der Verantwortung und Rechenschaftspflicht der EU gerecht zu werden.

„Wir befinden uns in einem internationalen Such- und Rettungsgebiet. Normalerweise sollte ein Rettungsboot da sein, wenn Migranten in der Such- und Rettungszone ankommen, um sie zu retten, aber es waren keine Boote auf dem Wasser.“

Keita* (R06)



Unsere Forderungen an die deutsche Bundesregierung

Als einflussreicher EU-Mitgliedstaat muss Deutschland darauf hinwirken, dass die Zusammenarbeit mit Tunesien oder Libyen, die zu Einschränkungen des Flüchtlingsschutzes führt,

beendet wird. Deutschland darf sich nicht zum Komplizen von Menschenrechtsverletzungen machen.

Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf:

1. **sich gegen die Auslagerung der EU-Migrationskontrolle nach Tunesien und Libyen auszusprechen und auf eine Beendigung der bestehenden Kooperationsabkommen zu drängen.**
2. **die personelle und finanzielle Unterstützung der tunesischen Küstenwache und Rettungsleitstelle durch Akteur*innen wie die deutsche Bundespolizei und die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu beenden.**

Die in diesem Bericht analysierten und zitierten Augenzeug*innenberichte sowie die unter anderem von den Crews der Humanity 1 dokumentierten Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass ein Kurswechsel in der Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten dringend erforderlich ist. Durch die Arbeit auf See und an Land bringt SOS Humanity mehr Menschlichkeit an die Außengrenzen der EU, wo derzeit Unmenschlichkeit die Norm ist.

Bisher reicht Europa die schiere Zahl an Todesfällen von Flüchtenden auf dem zentralen Mittelmeer nicht aus, um die in diesem Bericht skizzierten notwendigen politischen Veränderungen einzuleiten. **Wir hoffen aufrichtig, dass jetzt oder zukünftig den Stimmen derjenigen, die von ihren Erfahrungen in Libyen, Tunesien und im zentralen Mittelmeer erzählen, Gehör geschenkt wird und ein entscheidender politischer Wandel, im Einklang mit internationalem Recht und der moralischen Verantwortung Europas, folgt.**

Quellen

- 1 SOS Humanity differenziert zwischen den Begriffen „Menschenhandel“ und „Beihilfe zur illegalisierten Einreise“, auch Menschenmuggel genannt. Nach UN-Definition bedeutet Menschenhandel, dass eine Person unter anderem unter Zwang, Täuschung oder Gewaltandrohung ausgebeutet wird. Die Erleichterung des Grenzüberschritts, also Menschenmuggel, hingegen bedeutet, dass Unterstützung bei der illegalisierten Überschreitung von Grenzen zwischen Staaten geboten wird, bei der die Schmuggler direkte oder indirekte finanzielle oder materielle Vorteile erlangen. SOS Humanity erkennt an, dass die Beihilfe zur illegalisierten Einreise auch altruistisch und nicht ausbeuterisch erfolgen kann. Menschenmuggel floriert allein deshalb, weil es kaum legale Fluchtwege in die EU gibt. Grenzen zu überschreiten, um Schutz zu suchen und Asyl zu beantragen, ist laut Genfer Flüchtlingskonvention legal. Da Grenzüberschritte in die EU illegalisiert sind, ist das Überqueren einer Grenze oft gefährlich und kompliziert, sodass Menschen gezwungen sind, Hilfe zu suchen – auch von Akteuren, die Flüchtlinge ernsthaften Gefahren aussetzen, sie ausbeuten und ihre Menschenrechte verletzen. [↑]
- 2 Die Gesamtzahl für den gesamten Mittelmeerraum ist mit über 31.000 Toten sogar noch höher, siehe: Internationale Organisation für Migration [IOM]. Missing Migrant Project. Mediterranean. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>. [↑]
- 3 IOM (31. Oktober 2014). IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation: "Not a Migrant Pull Factor". Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.iom.int/news/iom-applauds-italys-life-saving-mare-nostrum-operation-not-migrant-pull-factor>. [↑]
- 4 Sea-Watch (2024). Mare solidale: Ein EU-Rettungsprogramm für das zentrale Mittelmeer. Abgerufen am 25. März 2025 von https://sos-humanity.org/wp-content/uploads/2024/11/2024-seawatch_adv-mare_solidale-DE.pdf; Marcus Engler (28. Juni 2017). Libyen – ein schwieriger Partner der europäischen Migrationspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung [bpb]. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/250481/libyen-ein-schwieriger-partner-dereuropaischen-migrationspolitik/>. [↑]
- 5 SOS Humanity. Bezeugen. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://sos-humanity.org/bezeugen/>. [↑]
- 6 Siehe zum Beispiel Medecins Sans Frontieres [MSF] (2024). Death, despair and destitution: The human costs of the EU's migration policies. Abgerufen am 14. März 2025 von <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sites/default/files/2024-02/eu-migrationsbericht-2024-07-komprimiert.pdf>; Researchers X (2025). State Trafficking. Abgerufen am 14. März 2025 von https://statetrafficking.net/StateTrafficking_EN_21012025_light.pdf; World Organisation Against Torture [OMCT] (2021). The Torture Roads. The Cycle of Abuse against People on the Move in Africa. Abgerufen am 14. März 2025 von <https://www.omct.org/site-resources/files/TheTorture-Roads.pdf>. [↑]
- 7 Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung [UNODC] (2015). Combating violence against migrants. Abgerufen am 14. März 2025 von https://www.unodc.org/documents/justice-and-prison-reform/UNODC_Combating_Violence_against_Migrants.pdf. [↑]
- 8 Siehe zum Vergleich die Leitlinien von Human Rights Watch [HRW]. Our Research Methodology. How We Conduct Interviews with Victims/ Witnesses. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.hrw.org/our-researchmethodology#5>; Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte [OHCHR]. Manual on Human Rights Monitoring. Kapitel 14: Protection of victims, witnesses and other cooperating persons. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/Chapter14-56pp.pdf> [↑]
- 9 Dabei orientieren wir uns an dem OHCHR-Handbuch zur Überwachung der Menschenrechte, in dem speziell auf die Befragung von Geflüchteten und/oder Überlebenden von Traumata eingegangen wird: OHCHR. Manual on Human Rights Monitoring. Kapitel 11: Interviewing. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Publications/Chapter11-MHRM.pdf>. [↑]
- 10 Hier stützen wir uns auf Organisationen wie Amnesty International, die schreiben: „Inhalte, die Menschen auf eindimensionale Darstellungen reduzieren, um Mitgefühl zu erzeugen, anstatt sie als facettenreiche, beziehbare Individuen mit Handlungsmöglichkeiten darzustellen, laufen Gefahr, die Menschen, die wir unterstützen wollen, zu fetischisieren oder zu entmenslichen.“ Amnesty International (20. Januar 2019). Applying Amnesty International values: Living guidelines for ethical and respectful communications. Abgerufen am 25. März 2025 von https://www.amnesty.org/en/documents/org10/0572/2019/en/?utm_source=chatgpt.com. [↑]
- 11 SOS Humanity. Stimmen der Geretteten. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://sos-humanity.org/bezeugen/stimmen-gerettete/>. [↑]
- 12 IOM. Missing Migrants Project (2022). Annual Regional Overview. Abgerufen am 25. März 2025 von https://missingmigrants.iom.int/sites/g/files/tmzbd1601/files/publication/file/IOM_MissingMigrantsProject_Europe_2022.pdf. [↑]
- 13 SOS Humanity (1. Dezember 2024). Tatort Mittelmeer 2024. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://sos-humanity.org/mitmachen/aktionen-und-veranstaltungen/tatort-mittelmeer-2024/>. [↑]
- 14 SOS Humanity. Stimmen der Geretteten. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://sos-humanity.org/bezeugen/stimmen-gerettete/>. [↑]
- 15 Ein Überblick über diese findet sich hier: <https://sos-humanity.org/unser-einsatz/retten/>. [↑]
- 16 SOS Humanity (2024). Menschlichkeit über Bord. Abgerufen am 25. März 2025 von https://sos-humanity.org/wp-content/uploads/2024/06/2024_Report_Menschlichkeit-ueber-Bord_online.pdf. [↑]
- 17 Die restlichen 9% verließen den Libanon und wurden von der Crew der ersten Rotation (R01) der Humanity 1 gerettet. Von dieser Gruppe wurden jedoch keine Zeug*innenaussagen aufgenommen. [↑]
- 18 In der in „Menschlichkeit über Bord“ analysierten Umfrage versuchte fast die Hälfte der Befragten (44%) die Überfahrt mehrmals. [↑]
- 19 Siehe: Methodik – Schutz der Privatsphäre [↑]
- 20 Dieser Überlebende hat ausdrücklich darum gebeten, kein Pseudonym zu verwenden. [↑]
- 21 Dieses Kapitel basiert auf dem Positionspapier von SOS Humanity „End the EU's Externalisation Policy“ (Dezember 2024), https://sos-humanity.org/wp-content/uploads/2024/12/2024_EN_Position-Paper_Externalisation.pdf. [↑]
- 22 Da alle EU-Staaten die Genfer Konvention von 1951 ratifiziert haben, die die Rechte von Flüchtlingen regelt, sind die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, Menschen auf der Flucht zu schützen und ihnen Zugang zu Asylverfahren zu gewähren. Diese Verpflichtung der EU ist auch in der Charta der Grundrechte verankert. [↑]
- 23 Im folgenden Papier beschreibt das UNHCR die verschiedenen Maßnahmen, die Staaten ergreifen, um sich ihrer Verantwortung, Flüchtlingen internationalen Schutz zu gewähren, zu entziehen. Es definiert Externalisierung des internationalen Schutzes als „Maßnahmen, die von Staaten – einseitig oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten – ergriffen werden, um außerhalb ihres eigenen Territoriums zu wirken, und die Asylsuchende und Flüchtlinge direkt oder indirekt daran hindern, ein bestimmtes ‚Zielland‘ oder eine bestimmte Region zu erreichen und/oder dort Schutz zu beantragen oder zu genießen. Solche Maßnahmen stellen eine Externalisierung dar, wenn sie unzureichende Garantien für die Gewährleistung des internationalen Schutzes beinhalten und die Verantwortung für die Ermittlung oder Befriedigung des Bedarfs an internationalem Schutz auf einen anderen Staat verlagern oder einen solchen Bedarf ungedeckt lassen; damit sind solche Maßnahmen rechtswidrig.“ UN-Hochkommissar für Flüchtlinge [UNHCR] (28. Mai 2021): UNHCR Note on the „Externalization“ of International Protection | Refworld, S. 1, Absatz 5. Abgerufen am 15. März 2025 von <https://www.refworld.org/policy/legalguidance/unhcr/2021/en/121534>. [↑]

- 24 Miriam Laux (16 April 2021). The evolution of the EU's naval operations in the Central Mediterranean: A gradual shift away from search and rescue. Heinrich Böll Stiftung Washington, DC. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://us.boell.org/en/2021/04/16/evolution-eusnaval-operations-central-mediterranean-gradual-shift-away-searchand>. [↑]
- 25 „Im Jahr 2024 kündigte die EU neue Migrationspartnerschaften mit Ägypten und Mauretanien an und stockte die Mittel für den Grenzschutz in beiden Ländern sowie im Libanon auf – nachdem sie 2023 ein Abkommen mit Tunesien geschlossen und die libyschen und marokkanischen Behörden weiterhin bei der Migrationskontrolle unterstützt hatte, ohne dass wirksame Menschenrechtsgarantien gegeben wurden.“ Human Rights Watch (25. Januar 2025). World Report 2025, S. 163. Abgerufen am 15. März 2025 von https://www.hrw.org/sites/default/files/media_2025/01/World%20Report%202025.pdf. [↑]
- 26 Europäische Union [EU] (2023). EU comprehensive partnership package with Tunisia. Abgerufen am 11. April 2025 von https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/875383/EU_Tunisia_Partnership.pdf.pdf. [↑]
- 27 Seit 2017 unterhält Italien ein bilaterales Abkommen mit Libyen. Italien unterstützt Libyen finanziell und technisch, damit Libyen tausende Migrant*innen auf dem Mittelmeer abfängt und zurück nach Libyen bringt, bevor diese Europa erreichen können. Odysseus Network (2017). Memorandum of understanding on cooperation in the fields of development, the fight against illegal immigration, human trafficking and fuel smuggling and on reinforcing the security of borders between the State of Libya and the Italian Republic. Abgerufen am 25. März 2025 von https://eumigrationlawblog.eu/wp-content/uploads/2017/10/MEMORANDUM_translation_finalversion.doc.pdf [↑]
- 28 Bislang wurden nur drei Schutzsuchende nach Albanien überstellt. Jedes Mal befanden italienische Gerichte die Inhaftierung der nach Albanien gebrachten Überlebenden für rechtswidrig und ordneten ihre Rückkehr nach Italien an. Das Abkommen wird derzeit in der Form nicht weiter umgesetzt. Elona Elezi (24. Februar 2025). Has Italy's Albania migrant deal completely failed? Deutsche Welle. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.dw.com/en/has-italys-albania-migrant-deal-completelyfailed/a-71694722>. [↑]
- 29 HRW (8. Juli 2024). Gemeinsame Erklärung: Die zukünftige EU muss das Recht auf Asyl in Europa aufrechterhalten. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.hrw.org/de/news/2024/07/26/gemeinsame-erklaerung-die-zukuenftige-eu-muss-das-recht-auf-asyl-europa>. [↑]
- 30 UNHCR: Hinweis auf die „Externalisierung“ des internationalen Schutzes, S. 1, Absatz 4. [↑]
- 31 Siehe Agentur der Europäischen Union für Grundrechte [FRA] (30. Juli 2024). Guidance on investigating alleged ill-treatment at borders. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://fra.europa.eu/en/publication/2024/guidance-investigating-alleged-ill-treatment-borders>; Europäische Ombudsstelle (5. Dezember 2024). Conclusions of the European Ombudsman on EU search and rescue following her inquiry into how the European Border and Coast Guard Agency (Frontex) complies with its fundamental rights obligations in the context of its maritime surveillance activities, in particular the Adriana shipwreck. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.ombudsman.europa.eu/en/doc/correspondence/en/182671>. [↑]
- 32 IMO (2004). Resolution MSC.167(78). Guidelines on the Treatment of Persons Rescued At Sea. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.refworld.org/legal/resolution/imo/2004/en/32272?prevDestination=search>. [↑]
- 33 UNHCR. Legal Brief on International Law and Rescue at Sea. Abgerufen am 26. Januar 2025 von <https://www.unhcr.org/sites/default/files/legacy-pdf/487b47f12.pdf>. [↑]
- 34 SOS Humanity (Dezember 2024). „Die Externalisierungspolitik der EU beenden“. [↑]
- 35 HRW (16. Januar 2025): EU: Migrationspolitik verschärft Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.hrw.org/de/news/2025/01/16/eu-migrationspolitik-verschaerft-menschenrechtsverletzungen-den-grenzen>. [↑]
- 36 Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Libyen 2018 und Tunesien 2024 eine SAR-Zone eingerichtet haben. EU-Aktionsplan zur Unterstützung der Grenzverwaltungsbehörden in Libyen und Tunesien. EU. Action Document for EU Support to Border Management Institutions in Libya and Tunisia. Abgerufen am 19. März 2025 von https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/system/files/2021-12/C_2021_9615_F1_ANNEX_EN_V3_P1_1639231%20Annex%20II%20BM%20LY%20TU.PDF. [↑]
- 37 Civil Court of Crotone (26. Juni 2024). Court Judgement no. 348/2024. Abgerufen am 25. März 2025 von https://www.asgi.it/wp-content/uploads/2024/07/2024_06_26_Court-of-Crotone_final-decision_ITA_geschwarzt.pdf; Supreme Court of Cassation (Februar 2024). Court judgement no. 4557. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.meltingpot.org/download/500149/?tmstv=1709120655>. [↑]
- 38 Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (6. Februar 2023). Commissioner Olivér Várhelyi attends the handover ceremony of EU-financed Search and Rescue vessels to Libya. Abgerufen am 25. März 2025 von https://enlargement.ec.europa.eu/news/commissioner-oliver-varhelyi-attends-handover-ceremony-eu-financed-search-and-rescue-vessels-libya-2023-02-06_en. [↑]
- 39 Die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützen die tunesische Polizei mit Ausbildungsprogrammen, liefern Ausrüstung an die tunesische Küstenwache und helfen bei der Erfassung und Verwaltung von Daten. Sowohl die deutsche Bundespolizei als auch die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sind direkt an Kooperationsprogrammen beteiligt, um die tunesischen Sicherheitskräfte und die Küstenwache bei der Grenzüberwachung und Migrationskontrolle zu unterstützen. Bundesministerium des Innern und für Heimat [BMI] (19. Juni 2023). Zusammenarbeit in Migrations- und Sicherheitsfragen stärken. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/06/reise-tunesien.html>; Deutscher Bundestag (5. Dezember 2024). Drucksache 20/9753. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://dserver.bundestag.de/btd/20/097/2009753.pdf>. [↑]
- 40 Die Zahl wurde berechnet auf der Grundlage von: UNHCR. Libya. Abgerufen am 10. März 2025 von <https://data.unhcr.org/en/country/lby> und IOM Libyen. Maritime Update, X. Abgerufen am 10. März 2025 von https://x.com/IOM_Libya/status/1899044074541220296. [↑]
- 41 Alarm Phone (Juni 2024). Interrupted at sea. Abgerufen am 25. März 2025 von <https://alarmphone.org/wp-content/uploads/2024/06/Interrupted-sea-EN.pdf>. [↑]
- 42 Researchers X (2025). State Trafficking – Expulsion and sale of migrants from Tunisia to Libya. Abgerufen am 25. März 2025 von https://statetrafficking.net/StateTrafficking_EN_21012025_light.pdf. [↑]
- 43 Die Zahl wurde intern berechnet und bezieht sich auf die folgenden Projekte und Finanzierungsinstrumente: SIBMMIL (2017 bis 2024), EUTF (2015 bis 2024), BMP Maghreb (2018 bis 2024), NDICI (2021 bis 2027), Stärkung der Ausbildungssäule der tunesischen Küstenwache (2023 bis 2026), MoU zwischen EU und Tunesien (seit 2023). [↑]
- 44 Nach einer Berechnung von Sea-Watch würde ein EU-Such- und Rettungsprogramm 240 Millionen Euro kosten. Sea-Watch (2024): Mare Solidale. Ein EU-Rettungsprogramm für das zentrale Mittelmeer. Abrufbar unter https://sos-humanity.org/wp-content/uploads/2024/11/2024-seawatch_adv-mare_solidale-DE.pdf. [↑]
- 45 Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (6. Februar 2023). Commissioner Olivér Várhelyi attends the handover ceremony of EU-financed Search and Rescue vessels to Libya. Abgerufen am 17. April 2025 von https://enlargement.ec.europa.eu/news/commissioner-oliver-varhelyi-attends-handover-ceremony-eu-financed-search-and-rescue-vessels-libya-2023-02-06_en [↑]
- 46 IOM. Missing Migrant Project. Mediterranean. Zuletzt abgerufen am 17. April 2025 von https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?region_incident=All&route=All&year%5B%5D=13651&month=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D= [↑]
- 47 HRW (3. Oktober 2024). Tunisia: Authorities Undermine Election Integrity. Abgerufen am 10. März 2025 von <https://www.hrw.org/news/2024/10/03/tunisia-authorities-undermine-election-integrity>. [↑]

- 48 Nesrine Maïk (13. März 2023). As the disturbing scenes in Tunisia show, anti-migrant sentiments have gone global. The Guardian. Abgerufen am 26. März 2025 von <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/mar/13/tunisia-anti-migrant-sentiments-president-saied>. [↑]
- 49 Amnesty International (6. Februar 2025). Tunisia: Authorities step up crackdown on LGBTI individuals with wave of arrests. Abgerufen am 26. März 2025 von <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/02/tunisia-authorities-step-up-crackdown-on-lgbti-individuals-with-wave-of-arrests/>. [↑]
- 50 UN (14. Oktober 2024). Tunisia: UN experts concerned over safety of migrants, refugees and victims of trafficking. Abgerufen am 26. März 2025 von <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/10/tunisia-un-experts-concerned-over-safety-migrants-refugees-and-victims>. [↑]
- 51 HRW (2025). World Report 2025: Tunisia. Abgerufen am 10. März 2025 von <https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/tunisia>. [↑]
- 52 SOS Humanity (20. Juli 2023). Überlebende an Bord der Humanity 1 berichten von schweren Menschenrechtsverletzungen in Tunesien während EU-Deal mit Tunesien zur Migrationsabwehr vorantreibt. Abgerufen am 10. März 2025 von <https://sos-humanity.org/unser-einsatz/veraendern/tunesien/>. [↑]
- 53 SOS Humanity (10. April 2024). Humanitäre Organisationen erklären: Tunesien ist kein sicherer Ort! Abgerufen am 26. März 2025 von <https://sos-humanity.org/presse/tunesien-kein-sicherer-ort/>. [↑]
- 54 UNHCR (2023). West and Central Mediterranean situation. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://reporting.unhcr.org/operational/situations/west-and-central-mediterranean-situation>. [↑]
- 55 UNHCR (30. Dezember 2024). Italy weekly snapshot. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://data.unhcr.org/en/documents/details/113474>. [↑]
- 56 Lighthouse Reports (21. Mai 2024). Desert Dumps. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.lighthousereports.com/investigation/desert-dumps/>. [↑]
- 57 Der systematische Charakter sexualisierter Gewalt im Zusammenhang mit „Wüstendumpings“ wird durch andere Berichte bestätigt. Siehe zum Beispiel auch: Researchers X (2025). State Trafficking, S. 26: “On the buses, the Garde Nationale [Tunisian Coast Guard] search our children and women, they touch women. They touch our private parts, they rape women in front of men on the buses”. [↑]
- 58 HRW (2025): Tunisia. World Report 2025, S. 467–473. [↑]
- 59 Rat der Europäischen Union (15. Dezember 2023). WK 16821/2023 INIT. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.statewatch.org/media/4205/eu-council-mocadem-action-file-16821-23.pdf>. [↑]
- 60 The Guardian (19. September 2024). The brutal truth behind Italy's migrant reduction: beatings and rape by EU-funded forces in Tunisia. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.theguardian.com/global-development/2024/sep/19/italy-migrant-reduction-investigation-rape-killing-tunisia-eu-money-keir-starmer-security-forces-smugglers>. [↑]
- 61 ECRE (29. März 2024). EU External Partners: Tunisian Security Forces to Receive EU Funding Despite Involvement in Human Rights Abuses. Abgerufen am 27. März von <https://ecre.org/eu-external-partners-tunisian-security-forces-to-receive-eu-funding-despite-involvement-in-human-rights-abuses-dozens-of-migrant-bodies-found-in-mass-grave-in-libya-parliament/>. [↑]
- 62 Siehe: Researchers X (2025). State Trafficking, S. 28: “In several cases, it is the Garde Nationale that take prisoners directly to the Libyan border and negotiate the deal.” [↑]
- 63 Mark Townsend (24. Januar 2025). Europe overhauls funding to Tunisia after Guardian exposes migrant abuse. The Guardian. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.theguardian.com/global-development/2025/jan/24/eu-human-rights-tunisia-migrant-security-forces-migration>. [↑]
- 64 Mark Townsend (11. Oktober 2024). EU unable to retrieve €150 m paid to Tunisia despite links to rights violations. The Guardian. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.theguardian.com/global-development/2024/oct/11/eu-funding-migrant-deal-tunisia-human-rights-violations-asylum-icc>. [↑]
- 65 Reuters (8 Juli 2020). Libyan migrant centres are like concentration camps, pope says. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.reuters.com/article/world/libyan-migrant-centres-are-likeconcentration-camps-pope-says-idUSKBN2491L9/>. [↑]
- 66 Deutsche Welle (2. Januar 2017). Refugee mistreatment in Libyan trafficking camps. Abgerufen am 27. März von <https://www.dw.com/en/libyan-trafficking-camps-are-hell-for-refugees-diplomatssay/a-37318459>. [↑]
- 67 OHCHR (4. Oktober 2021). Libya: Evidence crimes against humanity and war crimes committed since 2016, UN report finds. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/10/libya-evidence-crimes-against-humanity-and-war-crimes-committed-2016-un>. [↑]
- 68 IOM (22. März 2024). Discovery of Mass Grave with 65 Migrants' Bodies in Libya. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.iom.int/news/discovery-mass-grave-65-migrants-bodies-libya>. [↑]
- 69 IOM (10. Februar 2025). IOM Deeply Alarmed by Mass Graves Found in Libya, Urges Action. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.iom.int/news/iom-deeply-alarmed-mass-graves-found-libya-urges-action>. [↑]
- 70 SOS Humanity (14. Februar 2025). Statement: EU-Libya migration funding. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sos-humanity.org/en/our-mission/change/statement-libya/>. [↑]
- 71 OHCHR (2004). Arab Charter on Human Rights. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://digitallibrary.un.org/record/551368?v=pdf>. [↑]
- 72 Amnesty International (2024). Libya 2023. Amnesty International Report 2023/24. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.amnesty.org/en/location/middle-east-and-north-africa/north-africa/libya/report-libya/>. [↑]
- 73 Refugees in Libya. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.refugeesinlibya.org/>. [↑]
- 74 SOS Humanity (6. Juli 2022). Libyen ist kein sicherer Ort. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sos-humanity.org/unser-einsatz/veraendern/libyen-kein-sicherer-ort-ergebnisse-der-un-untersuchungsmission/>. [↑]
- 75 UNHCR (30. Dezember 2024). Italy weekly snapshot. [↑]
- 76 Siehe: Ali Ibrahim (21. August 2019). As an LGBT refugee, Europe's deal with Libya has left me fearing for my life. The New Statesman. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.newstatesman.com/world/middle-east/2019/08/as-an-lgbt-refugee-europes-deal-with-libya-has-left-me-fearing-for-my-life>. [↑]
- 77 In einigen Fällen wurden Menschen auf der Flucht mit Hilfe von staatlichen Behörden über die Grenze von Tunesien aus verschleppt. Siehe: Researchers X (2025). State Trafficking. [↑]
- 78 Sou-Jie van Brunnersum (30. September 2024). 'Migrants for sale': An investigation into the clandestine migrant smuggling economy on the Mediterranean route – Part 1. Info Migrants. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.infomigrants.net/en/post/58308/migrants-for-sale-an-investigation-into-the-clandestine-migrantsmuggling-economy-on-the-mediterranean-route--part-1>. [↑]
- 79 UNHRC (3. März 2023). Report of the Independent Fact-Finding Mission on Libya. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5063-report-independent-fact-finding-mission-libya>. [↑]
- 80 European Center for Constitutional and Human Rights [ECCHR]. Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen Schutzsuchende in Libyen – Der Internationale Strafgerichtshof muss ermitteln. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.ecchr.eu/fall/gewalt-gegen-gefluechtete-und-migrierende-in-libyen-der-internationale-strafgerichtshof-muss-ermitteln/>. [↑]

- 81 Terre Solidaire (2024). Spotlights on European and French Funding in Tunisia. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://ccfd-teresolidaire.org/wp-content/uploads/2024/05/ccfd-teresolidaire.org-spotlights-on-european-and-french-funding-in-tunisia-may-2024.pdf>;
EU. Support to Integrated border and migration management in Libya – First phase. Abgerufen am 27. März 2025 von https://trust-fund-for-africa.europa.eu/our-programmes/support-integrated-border-and-migration-management-libya-first-phase_en;
EU. Support to Integrated border and migration management in Libya – Second phase. Abgerufen am 27. März 2025 von https://trust-fund-for-africa.europa.eu/our-programmes/support-integrated-border-and-migration-management-libya-second-phase_en. [↑]
- 82 EU Directorate-General for Enlargement and Eastern Neighbourhood. Libya. Abgerufen am 27. März 2025 von https://enlargement.ec.europa.eu/european-neighbourhood-policy/countries-region/libya_en. [↑]
- 83 Jennifer Rankin (25. September 2024). EU fund to stem migration from Africa ‘fails to address risks’ – watchdog. The Guardian. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.theguardian.com/world/2024/sep/25/eu-fund-to-stem-migration-africa-europe-risks-european-court-of-auditors>. [↑]
- 84 Statewatch (31. Januar 2025). EU: Outsourcing borders and migration control: no parliamentary scrutiny in sight. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.statewatch.org/news/2025/january/eu-outsourcing-borders-and-migration-control-no-parliamentary-scrutiny-in-sight/>. [↑]
- 85 Europäischer Rat (27. Juni 2023). Council Decision 2023/1305 on the European Union Integrated Border Management Assistance Mission in Libya (EUBAM Libya). Abgerufen am 27. März 2025 von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023D1305>. [↑]
- 86 Internationaler Strafgerichtshof [ICC] (22. Januar 2025). Situation in Libya: ICC arrest warrant against Osama Elmasry Njeem for alleged crimes against humanity and war crimes. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.icc-cpi.int/news/situation-libya-icc-arrest-warrant-against-osama-elmasry-njeem-alleged-crimes-against-humanity>. [↑]
- 87 Al Jazeera (13. Februar 2025). ‘I saw him kill people.’ Libya and Italy’s shadowy migrant deals. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.aljazeera.com/features/2025/2/13/i-saw-him-kill-people-libya-and-italys-shadowy-migrant-deals>. [↑]
- 88 Romana Rubeo / Ramzy Baroud (7. November 2019). Italy’s dubious policies in Libya. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.aljazeera.com/opinions/2019/11/7/italys-dubious-policies-in-libya>. [↑]
- 89 Der Überlebende, der in einem von Dabbashis Lagern festgehalten wurde, erklärte, dieser sei für „mindestens 5.000 Ertrunkene verantwortlich“ und in den Handel mit Drogen und menschlichen Organen verwickelt. In einem aktuellen Bericht über Menschenhandel werden diese Lager wie folgt beschrieben: „Frauen, Schwangere, Kinder und Männer wurden Berichten zufolge an Orten festgehalten, die 160 bis 1.000 Menschen fassen. Die Inhaftierten gehören allen afrikanischen Nationalitäten an und warteten darauf, das Mittelmeer zu überqueren. [...] Vergewaltigungen [...] scheinen an den Orten, die unter der Kontrolle von El Amu [al-Dabbashi] stehen, häufiger vorzukommen.“ [↑]
- 90 Maggie Michael (29 August 2017). Backed by Italy, Libya enlists militias to stop migrants. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://apnews.com/article/9e808574a4d04eb38fa8c688d110a23d>;
Francesca Mannocchi (26. August 2017). Italy accused of bribing Libyan militias to stop migrants reaching Europe. Middle East Eye. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.middleeasteye.net/news/italy-accused-bribing-libyan-militias-stop-migrants-reaching-europe>. [↑]
- 91 Europäisches Parlament und Rat (2014): Regulation No. 656/2014, Article 9. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014R0656>. [↑]
- 92 SOLAS. Kapitel 5 / Regel 33. [↑]
- 93 Sea-Watch (7. November 2017). Klarstellung zum Vorfall vom 6. November. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sea-watch.org/clarification-on-the-incident-of-november-6th/>. [↑]
- 94 “Some shipwrecks are caused by Tunisian Coast Guard boats in order to block boats carrying migrants”: Researchers X (2025). State Trafficking, S. 18. [↑]
- 95 Dazu gehört auch die tunesische Küstenwache: “On the buses, the Garde Nationale search our children and women, they touch women. They touch our private parts, they rape women in front of men on the buses.” Researchers X (2025). State Trafficking, S. 26. [↑]
- 96 Am 7. Juli 2023 feuerte die so genannte libysche Küstenwache Schüsse in der Nähe der geretteten Menschen und der humanitären Crew der Ocean Viking ab. Claire Juchat / SOS Mediterranee (13. Juli 2023). Detention of Ocean Viking five days after EU-sponsored Libyan Coastguard fires shots near humanitarian workers. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.sosmediterranee.org/statement-detention-of-ocean-viking-five-days-after-eu-sponsored-libyan-coastguard-fires-shots-near-humanitarianworkers/>. [↑]
- 97 Die tunesische Küstenwache wurde auch beschuldigt, Boote gerammt zu haben, bis sie kenterten, wodurch Dutzende ertranken. Siehe Emma Wallis (22. November 2024). Did the Tunisian coast guard ram a migrant boat and cause 52 people to drown. Info Migrants. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.infomigrants.net/en/post/61341/did-the-tunisian-coast-guard-ram-a-migrant-boat-and-cause-52-people-to-drown>. [↑]
- 98 Charlotte Oberti (3 März 2023). Shipwreck in Italy: ‘The last tragedy of this kind dates back to 2013’. Info Migrants. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.infomigrants.net/en/post/47200/shipwreck-in-italy-the-last-tragedy-of-this-kind-dates-back-to-2013>. [↑]
- 99 Nach Aussagen der Überlebenden schleppte die griechische Küstenwache das Boot ab und brachte es zum Kentern. SOS Humanity (20. Juni 2023). Gemeinsames Statement. Bis zu 600 Menschen ertrinken vor Pylos, Griechenland. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sos-humanity.org/unser-einsatz/veraendern/gemeinsames-statement-schiffbruch-pylos/>;
Siehe auch: International Ombudsman Institute [IOI] (3. Februar 2025): The Ombudsman’s Report on the Pylos Shipwreck. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.theioi.org/downloads/4chl4/030225-PRPYLOS-REPORT.pdf>. [↑]
- 100 Sogar europäische Handelsschiffe sind manchmal in Push-Backs verwickelt, wie der in griechischem Besitz befindliche Öltanker P Long Beach, der am 25. Mai 2023 illegal Überlebende nach Libyen zurückbrachte. Siehe SOS Humanity (26. Mai 2023). Rettungsbericht Nr. 5. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sos-humanity.org/unser-einsatz/retten/einsatzbericht/einsatzbericht-nr-5/>. [↑]
- 101 UNHCR. Europe Sea Arrivals. Abgerufen am 18. März 2025 von <https://data.unhcr.org/en/situations/europe-sea-arrivals>. [↑]
- 102 SOS Humanity (2024): Menschlichkeit über Bord, S. 4. [↑]
- 103 Statewatch (30. Januar 2025). Serial shipwrecks on the Libyan route: the price of deterrence. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://www.statewatch.org/analyses/2025/serial-shipwrecks-on-the-libyan-route-the-price-of-deterrence/>. [↑]
- 104 Jacob Borg / James Cummings (13. März 2025). Malta ‘refuses’ to cooperate in migrant rescue missions – leaked EU memo. Times Malta. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://timesofmalta.com/article/malta-refuses-cooperate-migrant-rescue-missions-leaked-eumemo.1106464>. [↑]
- 105 Zahlreiche Gerichtsurteile belegen, dass die libysche Rettungsleitstelle die Rettungsmaßnahmen nicht im Einklang mit dem Völkerrecht koordiniert. Siehe: Zivilgericht von Crotone (26. Juni 2024). Gerichtsurteil Nr. 348/2024; Oberster Kassationsgerichtshof (Februar 2024). Gerichtsurteil Nr. 4557. [↑]
- 106 Statewatch (30. Januar 2025). Serial shipwrecks on the Libyan route: the price of deterrence. [↑]
- 107 SOS Humanity (2024). Menschlichkeit über Bord, S. 19. [↑]
- 108 SOS Humanity (2024). Menschlichkeit über Bord, S. 14. [↑]
- 109 Seit Dezember 2022 haben die italienischen Behörden systematisch weit entfernte Häfen in Nord- oder Ostitalien für die Ausschiffung von Überlebenden an SAR-NROs vergeben. Aufgrund der langen Fahrtzeiten verkürzt diese Praxis die Zeit, die die SAR-NRO im Such- und Rettungsgebiet verbringen können, erheblich. Siehe SOS Humanity (1. Februar 2024). Bilanz entfernter Häfen für Rettungsschiffe: Ein Jahr Einsatzzeit verloren. Abgerufen am 27. März 2025 von <https://sos-humanity.org/presse/bilanz-entfernter-haefen/>. [↑]
- 110 IOM (2022): IAMSAR-Handbuch, Band I, Abschnitt 2.3.7. [↑]

Unterstützt von:



International



Impressum

Herausgegeben von:

SOS Humanity e. V.

Postfach 44 03 52

Telefon: + 49 (0) 30 / 23 52 56 82

Homepage: <https://sos-humanity.org/>

E-Mail: kontakt@sos-humanity.org; presse@sos-humanity.org

Autor*innen: Sasha Ockenden (V. i. S. d. P.),

Janna Sauerteig (Kapitel 3 und 6.2)

Redaktionelle Unterstützung: Rachel Maren Coly, Barbara Hohl,

Ilka Lüling, Flore Murard, Janna Sauerteig,

Wasil Schauseil, Mio Ziegler

Lektorat: Meghna Singh

Quantitative Analyse: Gabriel Liebetrau

Testimony-Erhebung und -Aufbereitung: Sofia Bifulco, Lukas

Kaldenhoff, Camilla Kranzusch, Petra Krischok, Sasha Ockenden,

Wasil Schauseil

Zusätzliche Testimonies von: Isabelle Schäfers (ZDF), Monica

Pinna

Layout und Design: Dirk Braunheim, Rebecca Gahr

Infografiken: Lisa Bogerts

Deutsche Übersetzung: Julia Brakel, Louis Klausnitzer,

Jana Lotze, Janna Sauerteig, Franzi Schneider

Unterstützung bei der Übersetzung ins Arabische:

Maher Masoud, Agiad Hamdouni

Redaktionsschluss: 25.04.2025

***Bildhinweis:** Die abgebildeten geretteten Personen stimmen nicht mit den zitierten Personen überein, unter anderem um die Anonymität der Geretteten zu wahren.

Titelbild: Schutzsuchende springen während der Rettung ins Meer, um der Gefangennahme durch die sogenannte libysche Küstenwache zu entgehen (SOS Humanity/Max Cavallari)



Deine Spende rettet Leben!

Mit nur 25 Euro können wir ein kleines Kind bei einer Rettung **mit einer speziellen Kinderrettungsweste** vor dem Ertrinken schützen.

Mit 100 Euro können wir **Rettungswesten** für eine ganze Familie finanzieren.

Hilf uns, Menschen auf der Flucht vor dem Ertrinken zu retten! **Spende jetzt – vielen Dank!**

Spendenkonto:

SOS Humanity

IBAN: DE 04 1005 0000 0190 4184 51

Oder online: sos-humanity.org/spenden



Spendenkonto

SOS Humanity e. V.
IBAN: DE 04 1005 0000 0190 4184 51



Bleib auf dem Laufenden

Besuche unsere Webseite: www.sos-humanity.org
Folge uns auf den sozialen Medien:

-  [sos-humanity.bsky.social](https://twitter.com/sos-humanity.bsky.social)
-  [soshumanity_de](https://x.com/soshumanity_de)
-  [soshumanity_de](https://www.instagram.com/soshumanity_de)
-  [soshumanity.de](https://www.facebook.com/soshumanity.de)
-  [sos-humanity](https://www.linkedin.com/company/sos-humanity)
-  [soshumanity](https://www.youtube.com/soshumanity)